

Josef Schüßlburner

Sozialismusbewältigung

21. Teil: „Nationalsozialismus als konsequentere Sozialdemokratie“

25.04.22

Der ganze Reformismus lebt davon, daß er sich um die wichtigen Fragen drückt. Wo der Reformismus ... sie entscheidet, da tut er dies ... konform mit der Logik der Nazis (Wolfgang Pohrt)¹

Hitler ist keineswegs so leicht als extrem rechts im politischen Spektrum einzuordnen, wie viele Leute zu tun gewohnt sind (Sebastian Haffner)²

In seinem bekanntesten Buch *Auf dem Weg zur Knechtschaft*,³ also zum Sozialismus, hat der liberalen Wirtschaftsnobelpreisträger *Friedrich v. Hayek*⁴ ein Kapitel aufgenommen, das dem Thema gewidmet ist: *Die sozialistische Wurzel des Nationalsozialismus*. Angesichts dieser Feststellung müßte der Gelehrte *von Hayek* in der Bundesrepublik Deutschland der „Verfassungsfeindlichkeit“ verdächtigt werden: „Für die SPD gehören auch die Meinungen, die nicht davor zurückschrecken, den Sozialismus in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken‘ zur Grauzone demokratiebedrohender Mentalitäten.“⁵ Dies macht deutlich, daß durch die Frage nach dem möglichen Zusammenhang zwischen Nationalsozialismus und Sozialismus, die sich wohl schon auch sprachlichen Gründen aufdrängt, die in der Bundesrepublik mittlerweile ideologie-politisch maßgebliche SPD sich in die Defensive gedrängt sieht. Bekanntermaßen hat sie doch selbst mit Sozialismus etwas zu tun, was je nach zeitgeistbedingter Wahlkampfoportunität in den Hintergrund geschoben, dann aber wieder ostentativ hervorgehoben wird.

(Ehemaliger) SPD-Sympathisant *Hitler* - ein Rechtsextremist?

Die SPD begnügt sich jedoch nicht damit, die für sie anscheinend peinliche Fragestellung zu tabuisieren, sondern macht staatliche Ideologiepolitik, indem sie über ihr Personal bei den öffentlich in Erscheinung tretenden Inlandsgeheimdiensten, dem sog. „Verfassungsschutz“, für den „mündigen Bürger“ verbindlich den Nationalsozialismus (NS) amtlich als „rechtsextrem“ einordnen läßt, womit er mit dem üblicherweise als „links“ verstandenen Sozialismus nichts zu tun haben kann, sondern vielmehr das Gegenteil bedeutet. Es handelt sich allerdings bei dieser ideologiepolitischen Begrifflichkeit⁶ naturgemäß um keine rechtsstaatlich operable Begriffsbildung, sondern um eine staatlich-ideologische Diffamierungskategorie⁷ wie schon der Parteiverbotbegründung des Bundesrates in dem gescheiterten ersten

¹ Zitiert von *Clemens Nachtmann*, in seiner Einführung zur Neuveröffentlichung von *Willy Huhn*, *Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus*, mit einem Vorwort von *Clemens Nachtmann*: Die deutsche Sozialdemokratie als Partei des „Nationalsozialismus“ und biographischen Anhang von *Ralf Walter*, 2003, S. 11.

² S. *Sebastian Haffner*, *Anmerkungen zu Hitler*, 1981, S. 60, mit dem Hinweis, daß die einzige Opposition, die *Hitler* wirklich gefährlich hätte werden können, nämlich die Militäropposition, rechts von ihm angesiedelt war.

³ S. das 12. Kapitel von *F.A. v. Hayek*, *Der Weg zur Knechtschaft*, Rentsch 1943, hrsg. und eingeleitet von *Wilhelm Röpke*, übersetzt von *Erna Röpke*, S. 210 ff.

⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_August_von_Hayek

⁵ S. *Christiane Hubo*, *Verfassungsschutz des Staates durch geistig-politische Auseinandersetzung*, 1998., S. 96.

⁶ S. dazu den 13. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Verfassungsschutz als (Nach-)Zensur – Der Zensurbegriff „Rechtsextremismus“** <https://links-enttarnt.de/kritik-des-partieverbotssurrogats-teil-13>

⁷ S. zur darin liegenden Verletzung des Gesetzmäßigkeitsprinzips die Ausführungen des Verfassers in: *Josef Schüßlburner / Hans-Helmuth Knütter*, *Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen Alternativen Verfassungsschutz-Bericht*, 2007, S. 191 ff.

<https://links-enttarnt.de/gegen-die-gesetzmaessigkeit-der-verwaltung-gerichtete-bestrebungen>

Parteiverbotsverfahren gegen die NPD entnommen werden kann, die nach Ansicht von „Experten“ die bislang beste Definition gebracht habe. Man schwankte „dabei zwischen einer weiten Rechtsextremismusdefinition, die auf die Elemente Nationalismus und Rassismus setzt und einer engen, die klassische Elemente des Hitlerismus, wie Antisemitismus und Sozialdarwinismus integrieren, aber immerhin kommt man zu der Feststellung, daß die rechtsextreme Szene in sich sehr differenziert ist und daher zwar „alle Neonazis Rechtsextremisten, aber nicht alle Rechtsextremisten Neonazis seien.“⁸ Als eindeutig „rechtsextrem“ gilt allerdings der gewissermaßen klassische NS. Wer hier Zweifel äußert oder anderer Ansicht ist, läuft angesichts der durch „Verfassungsschutz“ verwalteten bundesdeutschen sozialdemokratischen Staatsorthodoxie Gefahr, in der „freiheitlichen“ BRD, deren „Verfassungsschutz“ ohnehin einen im Widerspruch zur westlichen Demokratiekonzeption stehenden Demokratie-Sonderwegs⁹ darstellt, diskriminiert zu werden; es besteht nämlich durchaus die Gefahr, amtlich diffamierend als „Rechtsextremist“ (oder als jemand, bei dem „Anzeichen des Verdachts“ dafür bestünden) eingeordnet zu werden, auch wenn man kein „Nazi“ ist. Dementsprechend müßte dann auch v. Hayek der „Verfassungsfeindlichkeit“ verdächtigt werden!

Der geheimdienstlich geschützten bundesdeutschen Staatsdogmatik soll jedoch folgende Frage entgegengehalten werden: Um welche Person der Zeitgeschichte wird es sich wohl handeln, die gegen Ende des Berufslebens als Grund des Scheiterns eines weit reichend angelegten politischen Vorhabens resigniert feststellte, beim Kampf gegen die linken Klassenkämpfer vergessen zu haben, „auch den Schlag gegen rechts zu führen“? Sprach so etwa gar der Präsident einer bundesdeutschen Verfassungsschutzbehörde in der Endphase der bundesdeutschen Kommunistenverfolgung¹⁰ oder handelt es sich um den Vorsitzenden einer der demokratischen Parteien nach einer vernichtenden Wahlniederlage? Nein! Die Wahrheit ist viel furchtbarer: Es geht um *Hitler* höchstselbst, der diesen Ausspruch nach Mitteilung seines Adjutanten v. Below¹¹ auf einer Tagung der Reichs- und Gauleiter am 24. Februar 1945 tat. Nun könnte man denken, daß hier ein „besonders Rechter“, also ein „Rechtsextremist“, gegen gemäßigte Rechte (die es aber nach BRD-Ideologie von vorherein nicht zu geben scheint) vorgehen wollte. Dieser Einschätzung widerspricht jedoch die Bewertung des ideologiepolitisch sicherlich unverdächtigen *Sebastian Haffner*,¹² der darauf hinwies, die einzige Opposition, die *Hitler* wirklich gefährlich werden konnte - die Militäropposition -, sei von rechts gekommen: „Von ihr aus gesehen stand Hitler links. Das gibt zu denken. Hitler ist keineswegs so leicht als extrem rechts im politischen Spektrum einzuordnen, wie viele Leute zu tun gewohnt sind.“¹³

Wenn aber *Hitler* - entgegen der bundesdeutschen ideologiepolitischen Staatsbegrifflichkeit - kein „Rechtsextremist“ war, da sonst die Verschwörer von 1944, die „rechts von *Hitler*“ standen, als „Ultrarechtsextremisten“ einzustufen wären (dies wäre eine noch nicht gefundene Steigerungsform bei der staatsideologischen Begriffsbildung) - womit den dem „Kampf gegen Rechts“ verpflichteten „demokratischen“ Politikern der Bundesrepublik jegliches Gedenken

⁸ S. *Mathias Brodtkorb*, *Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus*, 2003, S. 128 f.

⁹ S. dazu umfassend unter dem entsprechenden Titel „Demokratie-Sonderweg Bundesrepublik“ die Darlegung der „Herrschaftsordnung in Deutschland“ (Untertitel) durch den Verfasser; s. dazu auch ein einschlägiges Interview mit dem Verfasser: <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/09/BRD-Sonderweg.pdf>

¹⁰ Davon kann man im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot durchaus sprechen; s. *Alexander von Brünneck*, *Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1968*, Frankfurt/M. 1978.

¹¹ S. *Rainer Zitelmann*, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, 1993, S. 457.

¹² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Sebastian_Haffner

¹³ So *Sebastian Haffner*, *Anmerkungen zu Hitler*, 1981, S. 60 f.

am 20. Juli verwehrt sein müßte¹⁴ -, war er dann politisch links stehend und dann - als Verfassungsfeind - gar ein Linksextremist? *Hitler* selbst hat sich - wie bundesdeutsche Politiker häufig auch (zumindes wenn sie sich nicht als „links“ einstufen, was in der Bundesrepublik erlaubt ist) - ideologisch „jenseits von links und rechts“ verortet, jedoch macht bei genauerer Betrachtung seiner diesbezüglichen Abgrenzung gegenüber dem deutschen Bürgertum und den - traditionell als mehr oder weniger „rechts“ eingestufen - bürgerlichen Parteien Deutschlands deutlich, daß er sich sogar in seinen öffentlichen Bekundungen im Zweifel in der Tat eher der politischen Linken zugeordnet hat: „Ich verstehe jeden Sozialdemokraten und Kommunisten in seinem inneren Abscheu vor bürgerlichen Parteien“ und, so fügte *Hitler* in einer Rede am 20.11.1929 hinzu, „wäre ich nicht Nationalsozialist, so könnte ich, da ich Marxist nicht zu sein vermag, überhaupt keiner Partei angehören.“ Hätte sich *Hitler* eher der traditionellen Rechten zugeordnet und sich Wählerzulauf aus deren Kreisen erhofft, dann hätte die entsprechende Aussage etwa lauten müssen: Er könne die innere Abscheu der bürgerlichen Kreise vor den Sozialisten verstehen, und wäre er nicht Nationalsozialist, könne er überhaupt keiner Partei angehören, da er kein Monarchist zu sein vermöge (was die Anhänger der bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik im Zweifel waren und die verfassungspolitische Alternativposition beschreibt, die sich damals noch zu stellen schien). So sprach *Hitler* jedoch gerade nicht, vielmehr war er der SPD dankbar, daß sie in der Novemberrevolution die Monarchie beseitigt hatte¹⁵ und er deshalb, anders als der Faschist *Mussolini* in Italien, nicht gezwungen war, weitgehende Kompromisse mit der „Reaktion“, also mit Kirche, Königshaus und royalistische Armee einzugehen.

Damit wird wohl auch deutlich, daß *Hitler* seinen sozialdemokratischen Ursprüngen doch treu geblieben ist. *Hitler* galt nämlich zu Beginn seiner politischen Tätigkeit als SPD-Sympathisant.¹⁶ Die Hinweise, daß *Hitler* zu Beginn seiner politischen Aktivitäten mit der (Mehrheits-)Sozialdemokratie sympathisiert¹⁷ hat, sind eindeutig. Neben Bezeugungen von *Ernst Toller* und *Konrad Heiden* steht vor allem die *Hitler* seinerzeit durchaus wahltaktisch nicht passende Aussage¹⁸ des damaligen SPD-Vizepräsidenten des Bayerischen Landtages, *Erhard Auer* (1874-1945),¹⁹ in der *Münchner Post* vom 24./25.3.1923. Danach „galt seiner politischen Überzeugung nach in den Kreisen der Propagandaabteilung“ *Hitler* „als Mehrheitssozialdemokrat und gab sich auch als solcher aus, wie so viele war er aber nie politisch oder gewerkschaftlich organisiert.“ „Jedenfalls wurde er im Februar 1919 zum Vertrauensmann des Demobilisierungsbataillons des 2. Infanterie-Regiments gewählt, der seine Aufträge und auch Schulungen von der Propagandaabteilung der Mehrheitssozialdemokraten erhielt ... Hitlers damalige Annäherung an die regierende SPD ist durch verschiedene Quellen, auch Zeitungsberichte, belegt.“²⁰ „Hitler selbst soll sich vor Esser, als dieser wegen seiner SPD-Vergangenheit kritisiert wurde, gestellt haben: „Jeder war einmal Sozialdemokrat.“ Auch *Sepp Dietrich*,²¹ der spätere Kommandant der „Leibstandarte-SS Adolf Hitler“, meinte, daß sie, die Nationalsozialisten, alle einmal Sozialdemokraten²² gewesen wären.

¹⁴ S. dazu: **20. Juli 1944: Offizielle Schwierigkeiten mit dem Gedenken an den „rechtsextremen“ Widerstand gegen den Nationalsozialismus** <https://links-enttarnt.de/20-juli-1944-offizielle-schwierigkeiten>

¹⁵ S. *Zitelmann*, a. a. O., S. 482 f.

¹⁶ S. *Heinz Höhne*, 'Gebt mir vier Jahre Zeit'. Hitler und die Anfänge des Dritten Reichs, 1996, S. 41 f. m. w. N.

¹⁷ S. jüngst *Ralf Georg Reuth*, Hitlers Judenhass. Klischee und Wirklichkeit, 2009, S. 84, die insoweit auf den detaillierten Untersuchungen von *Anton Joachimsthaler*, Hitlers Weg begann in München 1913-1923, insbesondere S. 177 ff. basieren.

¹⁸ S. *Reuth*, a. a. O., S. 83 f.

¹⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Erhard_Auer

²⁰ So immerhin quasiaamtlich der Katalog des *Stadtmuseum München*, zur Ausstellung: München - 'Hauptstadt der Bewegung', 1993, S. 71.

²¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Sepp_Dietrich

²² S. *Reuth*, a. a. O., S. 86 f. m. w. N.

Nun könnte man natürlich einwenden, daß *Hitler* und die Mitstreiter, die einmal Sozialdemokraten, zumindest Anhänger / Sympathisanten der SPD, gewesen waren, danach, aus welchen Gründen auch immer, einen politisch-weltanschaulichen Positionswechsel vollzogen haben müssen. *Hitler* wird sich dann als Führer der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei* (NSDAP) halt nach „rechts“ orientiert haben und ist „rechtsextrem“ geworden, was durch die amtliche Einordnung der BRD-Inlandsgeheimdienste bestätigt wird. Und wenn die unter dem hehren Titel „Verfassungsschutz“ öffentlich in Erscheinung tretenden bundesdeutschen Geheimdienste mit ihrem Geheimwissen eine derartige Einordnung vornehmen, dann muß dies für den mündigen Bürger der freiheitlichen Bundesrepublik schon als verbindlich angesehen werden, was immer dazu ein liberaler Nobelpreisträger ausgeführt haben mag. Für diese gehorsamst für bundesdeutschen „Demokraten“ verbindliche amtliche Einordnung könnte allerdings sprechen, daß *Hitler* - was unbestreitbar ist - Sozialdemokraten und Kommunisten (zumindest vor Juli 1944) entschiedener bekämpfte als politische Gegner aus dem bürgerlichen Lager. Dies hängt allerdings damit zusammen, daß *Hitler* viel größeren Respekt und damit Furcht vor der klassischen deutschen Linken hatte als vor der bürgerlichen Rechten, von der er von vornherein annahm, sie könne ihm nicht gefährlich werden. Genauso wenig wie etwa die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) deshalb als „Rechtspartei“ einzustufen ist, weil sie unter dem Schlagwort „Sozialfaschismus“²³ in den 1930er Jahren vor allem die SPD bekämpfte, kann die NSDAP allein deshalb als „rechts“ angesehen werden, weil sie KPD und SPD härter als das bürgerliche Lager bekämpft hat. Zu berücksichtigen ist dabei, daß *Hitler* sich bei Bekundung seiner wahren Absichten eigentlich - abgesehen von der „jüdischen Führungsschicht“ - immer positiv zur SPD geäußert²⁴ hat:

„Nun komme ich zu den *Sozialdemokraten*. Da finden wir die große Masse des braven, strebsamen, fleißigen deutschen Volkes ..., die ich so in mein Herz geschlossen habe, die ich liebe, mit der ich mich eins fühle, verwachsen bis in die letzten Fasern... Diese große, ungeheure Masse des Volkes, sie ist eigentlich das Volk selbst.“²⁵ Dieses Lob auf Sozialdemokraten war allerdings nicht als Wahlempfehlung gedacht; dem stand entgegen, daß derjenige, welcher dieses Lob aussprach, eben *Hitler* höchstselbst, meinte, die Sozialdemokraten hätten falsche Führer. Dafür machte er „die törichten Rechtspolitiker“ verantwortlich (denen er sich damit zurechnete?), die es abgelehnt hätten, die Bruderhand gegenüber den Sozialdemokraten auszustrecken, um sich ihnen als Führer anzubieten, anstatt sie als Knechte zu behandeln. Deshalb hätten sich diese „besten deutschen Menschen“ unter falsche Führung begeben müssen, was aber nicht ihre Schuld gewesen wäre. Damit zeigt sich: *Hitler* wollte vor allem der Führer der (ehemaligen) Sozialdemokraten sein!

Dementsprechend ist die Sympathie für die Sozialdemokratie, genauer: für die Sozialdemokraten nicht nur bloße nach außen eher verschleierte Mentalreservation bei seinen während der „Systemzeit“ gegen diese Partei gerichteten Wahlkampfreden geblieben, sondern es ging *Hitler* nach der „Machtergreifung“ entschieden um die Integration des sozialdemokratischen Arbeiters in sein „Drittes Reich“. Dies ist ihm durch seine sozialpolitischen Maßnahmen derart weitgehend gelungen, daß man schließlich sogar von „so etwas wie eine(r) Affinität sozialdemokratischer Arbeiter zu Hitler“²⁶ sprechen konnte, „die

²³ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialfaschismusthese>

²⁴ S. dazu *Zitelmann*, a. a. O., S. 464, m. w. N.; s. dazu auch den 5. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **SPD-Sympathisant Adolf Hitler. Die sozialdemokratischen Wurzeln der nationalsozialistischen Ideologie** <https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-5>

²⁵ S. *H.A. Turner*, (Hg.) *Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932*, 1978, S. 348.

²⁶ S. *Höhne*, a. a. O., S. 360.

auch umgekehrt zutraf.“ Dementsprechend mußte die Exil-SPD (Sopade)²⁷ schon 1934 erkennen: „Stimmungsmäßig verfügt die Regierung über den meisten Anhang in der Arbeiterschaft.“ Gerade „das Verhalten der Arbeiter“ gestatte es „dem Faschismus ..., sich immer mehr auf sie zu stützen.“ „...die Arbeiter“ wären „stark vom Hitlerismus besessen“; selbst unter standhaften SPD-Genossen beobachteten sie „Zustimmung ja oftmals Begeisterung gegenüber der Person Hitlers“, dessen „Kraft und ehrlichen Willen“ sie fast nie anzweifelten.²⁸ Dies hatte sich allerdings schon in der „Systemzeit“ abgezeichnet, wo man beobachten konnte, daß die Nationalsozialisten in wirtschaftlichen Fragen häufig mit Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten: „Bei 241 namentlichen Abstimmungen im Reichstag und im Preußischen Landtag stimmten zwischen 1929 und Ende 1932 KPD und NSDAP in 140 Fällen gleich. In der 5. Wahlperiode waren sich die beiden extremistischen Parteien sogar nur in acht von 102 Abstimmungen uneins.“²⁹ Dies wurde durchaus von konservativer Seite erkannt und hatte dazu geführt, daß die NSDAP als „links“ eingestuft wurde. So kritisierte eine Zeitschrift des Arbeitgeberverbandes die NSDAP am Vorabend der Reichstagswahlen von 1930 wegen ihrer „aggressiven Unternehmerfeindlichkeit“ und warnte, der Nationalsozialismus gehöre zu den verschwörerischen, demagogischen und terroristischen Elementen des zeitgenössischen Sozialismus. Schließlich waren für die deutsche Militäropposition von 1944, die sich vorwiegend aus der politisch sicherlich rechts einzustufenden preußisch-deutschen Oberschicht rekrutierte (und dementsprechend nach der ideologiepolitischen Konzeption des bundesdeutschen Inlandsgeheimdienstes als „rechtsextrem“ einzustufen wäre), Nationalsozialismus und Bolschewismus nicht im Sinne der späteren Totalitarismustheorie gleichwertige Extreme der jeweiligen politischen Richtung, sondern in ihrem linken Charakter identisch. Allenfalls graduelle Unterschiede im Linkscharakter wollte etwa *Adam von Trott zu Solz* erkennen - der Bolschewismus mit seiner „asiatischen Härte und Brutalität“ galt verständlicher Weise als schlimmer -, und *Ulrich von Hassel* befürchtete, daß der „Sozialismus in Hitlerscher Form“ unvermeidlich auf dem Wege „innerer Bolschewisierung“ das Zerschlagen der Oberschichten zum Ziele habe.³⁰

Diese Befürchtung kann sich durch die Tatsache bestätigt sehen, daß nach *Hitlers* eigener Einschätzung die überwiegende Mehrheit der NSDAP-Aktivisten aus „Links-Leuten“ bestand: „Meine damalige Partei war doch zu neunzig Prozent aus Links-Leuten zusammengesetzt. Ich habe nur Leute brauchen können, die geprügelte haben“,³¹ was unbestreitbar - wie man noch in der BRD beobachten kann - links (also die sogenannten „Antifaschisten“) besser beherrscht als das, was als rechts angesehen wird. Unter diesen „Linksleuten“ ragt vor allem die NS-Ikone *Horst Wessel*³² hervor. Dieser könnte allerdings *prima facie* als Beleg angeführt werden, den NS als „rechts“ einzustufen: *Horst Wessel*³³ entstammte nämlich einem konservativen protestantischen Pfarrerhaus und schloß sich nationalistischen Wehrverbänden an, die sicherlich (insofern liegt die bundesdeutsche Staatsorthodoxie gewiß richtig) als „rechts“, genauer als „rechtsradikal“ oder „rechtsextrem“ einzustufen sind. *Wessel* fand in diesen Verbänden jedoch keine Befriedigung seiner politischen Leidenschaften und trat deshalb 1926 in die SA der NSDAP ein. Als Beweggrund für diesen Positionswechsel vertraute er seinem Tagebuch an, daß die Nationalsozialisten keine rechtsradikale völkische Gruppe wären, sondern nationale Sozialisten. Dabei begriff er, daß die Kommunisten ihm in gewisser Weise näherstanden als die Deutschnationalen, von denen er kam. „Eine Erkenntnis vor allem war mir

²⁷ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Sopade>

²⁸ S. *Höhne*, a. a. O., S. 249.

²⁹ So *Christian Striefler*, *Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik*, 1993, S.142.

³⁰ S. Nachweise bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 451 ff.

³¹ S. *Monologe im Führerhauptquartier*, Eintragung vom 30.11.1941

³² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Wessel

³³ S. dazu *Striefler*, a. a. O., S. 329 f.

sehr wohl wertvoll: ich versuchte jede politische Richtung zu verstehen und dabei kam ich dahinter, daß es im roten Lager ebenso viele, vielleicht noch mehr fanatische opferbereite Idealisten gibt als auf der Gegenseite ... Ich war eben Sozialist geworden. Nicht Sozialist aus Gefühl, wie so mancher im bürgerlichen Lager, sondern vor allem Sozialist aus Vernunft. Im Verhältnis mit den früheren Organisationen, denen ich angehörte, war die Partei grundverschieden ... Die Schwungkraft der jungen Bewegung war ungeheuer. Am besten läßt sich das an den Übertritten aus dem marxistischen Lager ermessen.“³⁴

Um diese Selbsteinschätzung einer mythologisierten NS-Größe zu erläutern: Hier bekennt ein bisheriger ausgewiesener Rechtsradikaler (eine entsprechende ideologische Einstufung des bundesdeutschen Inlandsgeheimdienstes wäre insoweit nachvollziehbar) seine bewußte („aus Vernunft“) und nicht nur gefühlsmäßige politische Konversion zu einem Sozialisten. Allerdings schließt er sich daraufhin weder der SPD noch der KPD an, sondern bewußt der NSDAP, die er gegenüber den rechten Gruppierungen, denen er bis dahin angehört hatte, als andersartig, eben als „links“ erkennt; diese Einstufung sieht er wiederum dadurch bestätigt, daß Übertritte zur NSDAP aus dem „marxistischen Lager“ - wohl überwiegend von Kommunisten, aber auch aus der Sozialdemokratie - erfolgten, wobei diesen Übertritten erkennbar keine umgekehrte politische Konversion vom linken ins rechte Lager unterstellt wird. Diese Selbstverortung ist für eine weltanschauliche Einordnung deshalb bedeutsam, weil *Horst Wessel* als „Märtyrer der Bewegung“ eine zentrale Kultfigur der NSDAP darstellen sollte und daher als repräsentativ für das Selbstverständnis der maßgeblichen NS-Parteikader eingestuft werden kann. Diese Selbsteinstufung eines prominenten NS-Anhängers als „links“ wird etwa bestätigt durch einen anderen Aktivist, der in der Endphase der Weimarer Republik mit nicht wenigen anderen der späteren NS-Aktivisten kommunistisch-sozialistische Erfahrungen gesammelt hatte, nämlich *Adolf Eichmann*.³⁵ Dieser später maßgebliche Organisator des NS-Judenmords sollte in seinem Memoiren mehrfach betonen: „Meine gefühlsmäßigen politischen Empfindungen lagen links, das Sozialistische mindestens ebenso betonend wie das Nationalistische.“³⁶ Er und seine Freunde haben während der „Kampfzeit“ Nationalsozialismus und Kommunismus als „eine Art Geschwisterkinder“ angesehen. Die sicherlich maßgeblichste Selbsteinschätzung stammt aber vom NS-Chefpropagandisten *Goebbels*,³⁷ der 1931 für den NS ausdrücklich in Anspruch nahm: „Der Idee der NSDAP entsprechend sind *wir* die deutsche Linke!“, um sich dabei im selben Atemzug „gegen rechts“ bewußt wie folgt abzugrenzen: „Nichts ist uns verhaßter als der rechtsstehende nationale Besitzbürgerblock.“³⁸ Immerhin hat der später als *Willy Brandt* bekannt gewordene bundesdeutsche SPD-Politiker seinerzeit diesen sozialistischen und damit nach Selbsteinstufung linken Anspruch insofern akzeptiert als er seine Genossen von der SPD-Linksabspaltung *Sozialistische Arbeiterpartei* (SAP) aufforderte, das „sozialistische Element“ an der Basis des Nationalsozialismus zu erkennen: „Das sozialistische Element im Nationalsozialismus, im Denken seiner Gefolgsleute, das subjektiv Revolutionäre an der Basis muß von uns erkannt werden.“³⁹ Mit „sozialistische Element“ und „subjektiv Revolutionäre“ ist dabei sicherlich der Vorwurf des „Rechtsextremismus“ ausgesprochen, nicht wahr? Der Hinweis auf die revolutionäre „Basis“ meinte wohl, daß die NSDAP die „falschen Führer“ hätte, was ja umgekehrt *Hitler* hinsichtlich der Sozialdemokraten meinte.

³⁴ S. ebenda, S. 330.

³⁵ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Eichmann

³⁶ S. zitiert bei *Götz Aly*, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, 2005, S. 15.

³⁷ Zu diesem umfassend den Beitrag von *Ulrich Höver*, *Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist*, 1992, worauf in den weiteren Teilen der vorliegenden Sozialismusbewältigung noch detaillierter eingegangen wird.

³⁸ So am 06.12.1931 im *Angriff* zitiert bei *W. Venohr*, *Stauffenberg. Symbol der deutschen Einheit*, 1990, S. 80

³⁹ S. Nachweis bei *Venohr*, ebenda.

In Anbetracht dieser Einschätzung und Selbsteinschätzung wird es zumindest Zeit, der historischen Wirklichkeit entsprechend das grundsätzliche Anliegen des Nationalsozialismus - unabhängig davon, ob man dies für sinnvoll oder gar begrüßenswert oder aber in Übereinstimmung mit dem bundesdeutschen Konzept eines „Gegenmodells“ - für verwerflich hält - als solches anzuerkennen, das in der selbst gewählten Bezeichnung zum Ausdruck kam, nämlich eine Verschmelzung von Sozialismus und Nationalismus herbeizuführen: Rücksichtslose Interessenvertretung des Volkes nach innen gemäß dem Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz“ ist dabei der sozialistische Anteil, rücksichtslose Vertretung der Volksinteressen nach außen der nationalistische. Der Nationalsozialismus hat damit ein Anliegen aufgegriffen und zur zentralen Ideologie gemacht, das in der Sozialdemokratie schon lange virulent war und insbesondere von einer Richtung vertreten wurde, die in einer jüngeren Abhandlung⁴⁰ als „sozialdemokratische Junge Rechte“ bezeichnet ist. Diese dem BRD-Verfassungsschutzvokabular geschuldete Einordnung entspricht dabei aber weder dem Selbstverständnis dieser Richtung⁴¹ noch der zeitgenössischen Einordnung, die dem Selbstverständnis dieser Gruppierung entsprechend von einem „Linkssozialismus mit nationalen Vorzeichen“⁴² sprach. Hier verfehlt die wohl ohnehin abwegige, der politischen Linken zuzuordnenden geheimdienstliche Ideologiebegrifflichkeit⁴³ der bundesdeutschen „Bewältigung“, die von einem öffentlich in Erscheinung tretenden Inlandsgeheimdienst verwaltet wird, und insbesondere deren Rückprojektion auf vergangene Epochen völlig die einigermaßen objektive Bewertung eines Phänomens, das „Teil eines ideologischen Kontinuums, das von liberalen und sozialistischen bis zu neokonservativen und faschistischen Vorstellungen reicht.“⁴⁴ Dabei konnten sich - den bundesdeutschen Bewältigungsprämissen zuwider - insbesondere „die Übergänge zwischen sozialistischen und faschistischen Ideologien“ als „fließend“⁴⁵ darstellen.

„Ist der Sozialismus links?“⁴⁶

Die Frage ist dann allerdings, ob Kombinationen wie der innerhalb der SPD vertretene „nationale Sozialismus“ und der außerhalb und gegen die SPD vertretene National-Sozialismus als „links“ eingestuft werden können oder nicht doch eher als „rechts“ oder „rechtsextrem“ und zwar vielleicht deshalb, weil der Nationalismus eindeutig als „rechts“ einzustufen wäre und sich gegenüber dem Sozialismus als das maßgebliche Element erweist.

Allerdings könnte die Klärung dieser Frage dahingestellt bleiben, wenn schon der Sozialismus gar nicht als „links“ einzustufen wäre. Die Frage wiederum, ob generell der „Sozialismus links“ sei, ist in einer Veröffentlichung eines britischen liberalen *think tank*⁴⁷ ausdrücklich gestellt

⁴⁰ S. *Stefan Vogt*, Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918-1945, 2006.

⁴¹ Was *Vogt*, a. a. O auf S. 12 einräumen muß.

⁴² So die kritische Bewertung durch *Alexander Schiffrin*, zitiert bei *Vogt*, a. a. O., S. 11.

⁴³ S. dazu den 17. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Begünstigung der politischen Linken durch die bundesdeutsche Verfassungsschutzkonzeption- Gründe und verfassungspolitische Alternative**
<https://links-enttarnt.de/kritik-des-partieverbotssurrogats-teil-17>

⁴⁴ So immerhin auch *Vogt*, a. a. O., S. 18.

⁴⁵ So *Vogt*, a. a. O., S. 22 unter Bezugnahme auf *Zeev Sternhell*.

⁴⁶ Zur Problematik der Einordnung von „links“ und „rechts“ und insbesondere der „Mitte“, s. *Josef Schüßlburner*, **Konsensdemokratie. Die Kosten der politischen Mitte**
http://www.amazon.de/Konsensdemokratie-Die-Kosten-politischen-Mitte/dp/3935063946/ref=sr_1_cc_2?s=aps&ie=UTF8&qid=1366442090&sr=1-2-catcorr&keywords=Sch%C3%BC%BC%C3%9Fburner

⁴⁷ Von der sog. „Unservile State Group“ von *George Watson*, *Is Socialism left?*, 1972 (überarbeitete Auflage eines entsprechenden Papiers von 1967)

worden. Wäre die Frage zu verneinen, dann würde auch nichts gegen die Einordnung des Nationalsozialismus als „rechts“ sprechen, aber man könnte ihm dann ebenfalls nicht den sozialistischen Charakter absprechen! Die Frage, ob Sozialismus „links“ sei, wird dabei aus einer liberalen Position gestellt, die sich in die Anfangszeit dieser politischen Begriffsbildung, nämlich dem späten 18. Jahrhundert verortet, wonach der Liberalismus sicherlich als links eingestuft werden konnte und sich im Zusammenhang mit der Französischen Revolution durch parlamentarische Sitzwahl selbst so eingestuft hat. Daraus erklärt sich, daß mit dem Begriff „links“ immer noch letztlich liberale Forderungen nach Menschenrechten, Freiheit, Gleichheit und Demokratie assoziiert werden. Diese Prinzipien sind erkennbar - beschränkt man sich auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg - am stärksten in Staaten in Frage gestellt worden, die sich offiziell als „sozialistisch“ verstanden haben, so daß die naheliegende Schlußfolgerung wäre, daß es sich etwa beim Sowjetkommunismus nicht um ein linkes, sondern um ein eher rechtes Regime gehandelt haben müßte.

Die selbsterklärte politische Linke hat denn auch insbesondere in der Zeit von Sowjetführer *Gorbatschow*, als sich das Ende des Sowjetkommunismus abzeichnete, weltweit die Sprachregel durchgesetzt, die radikal-marxistischen Gegenspieler von *Gorbatschow* als „konservativ“ zu bezeichnen. In den von der politischen Linken dominierten Organen der sozialisierten Meinungsfreiheit,⁴⁸ also den sog. öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten des Westens, war daher vom „konservativen Putsch gegen Gorbatschow“ die Rede, als zuletzt eine dem sowjetischen Staatsapparat verbundene radikal-marxistische Gruppierung einen Staatsstreich versuchte, um den Untergang der für „Sozialismus“ stehenden Sowjetunion aufzuhalten und damit die befürchtete Einführung des vom Kommunismus bis dahin entschieden als „rechts“ bekämpften Kapitalismus zu verhindern. Diese ideologie-politische Sprachregelung ist zumindest formal nicht ganz falsch, da es diesen - nach Selbstverständnis selbstverständlich linken - Marxisten selbstverständlich darum gegangen ist, etwas zu bewahren, nämlich das Sowjetregime zu „konservieren“. Da aber „konservativ“ traditionell und in Kontext des 18. Jahrhunderts, wo Konservativismus die Gegenposition gegenüber dem Liberalismus gewesen ist, in völlig zutreffender Weise für „rechts“ steht, ist mit der Sprachregelung: „konservative Gegner Gorbatschows“ aber gleichzeitig suggeriert worden, der Sowjetkommunismus basiere auf einer „rechten“ Ideologie und die Sowjetunion und dementsprechend auch die sog. „DDR“ stellten eigentlich „rechte“ Regime dar. Dies ist nach dem Untergang dieser Regime in der linken Sprachregelung noch weiter spezifiziert worden, wenn etwa in der ideologie-politischen Weise der amtlichen Sprachregelung der „freiheitlichen“ Bundesrepublik erklärt wird, warum „im Osten“ die als „rechts“ eingeordnete „Fremdenfeindlichkeit“ so groß sei: Dies wird dann auf die DDR-Diktatur zurückgeführt, die als Diktatur, so wird weiter suggeriert, nur „rechts“ sein könne, da sich ja „links“ und „Diktatur“ - trotz des offensichtlich doch irgendwie ärgerlichen Konzepts der „Diktatur des Proletariats“ - eigentlich ausschließen sollten.

Hier wird eine ideologie-politische Anordnung, die zur Zeit der Entstehung dieser politischen Terminologie, nämlich in Folge der Französischen Revolution, anerkanntermaßen inhaltlich einen Sinn hatte, formal auf eine ganz anders geartete Situation übertragen und damit grundlegend - man darf wohl sagen: vorsätzlich - verfälscht: Die große Kompromißlösung, die sich schon in dieser Revolution abzeichnete, dort verworfen wurde, um sich dann in der einen oder anderen Variante in Europa mit der sog. Restauration nach dem Wiener Kongreß von 1815 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs durchzusetzen, bestand in der konstitutionellen oder

<http://www.amazon.de/Is-Socialism-Left-Unservile-State/dp/0900520329>

⁴⁸ S. dazu den 10. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Sozialisierte Meinungsfreiheit als Begleitinstrument des Parteiverbotssatzsystems gegen rechts**

<https://links-enttarnt.de/kritik-des-partieverbotssurrogats-teil-10>

parlamentarischen Monarchie. Dieses Regierungssystem stellte für die traditionelle Rechte, also für die Konservativen im klassischen Sinne, eine Machtprämie aus und „rechts“ hatte daher ein Interesse, im Konfliktfall die Belange der Regierung bzw. des Staates zu vertreten und fühlte sich daher naturgemäß veranlaßt, grundsätzlich, wenn nicht gar generell, die Grenzen der Freiheit zugunsten der Staatsautorität zu betonen. Dagegen konnte die - in der Regel oppositionelle - Linke aus natürlichem Eigeninteresse für die Freiheit und Demokratie, bzw. Demokratisierung eintreten. Aus dieser Konstellation, die von der politischen Lage und Auseinandersetzung des späten 18. Jahrhunderts vorgeprägt wird, ergibt sich die ideologiepolitisch noch immer wirksame Assoziation von „links“ mit „demokratisch“ und damit „frei“ oder - bundesdeutsch - „freiheitlich“. Die linke Weltdeutung, die derzeit vor allem durch die durch die Institutionen gelangen 68er⁴⁹ formuliert wird, hat darauf basierend eine umfassende, in der Bundesrepublik Deutschland teilweise geheimdienstlich verwaltete Geschichtstheologie geschmiedet, die im Ergebnis besagt, daß die bösen politischen Kräfte, die natürlich rechts stehen, Unterdrückung, Kolonialismus, Krieg, Rassismus und was es sonst noch Schlimmes gibt, veranstaltet hätten, was dann von den guten Kräften, die natürlich links stehen, bekämpft und schließlich überwunden worden sei. Allerdings sei dieser Fortschritt, der natürlich links steht, immer wieder bedroht von den bösen Kräften von rechts, also von der rückwärtsgewandten, ewiggestrigen „Reaktion“. Dieses heilgeschichtlich Böse hat man seit einer unter *Stalin* ausgebrüteten Sprachregelung, die mittlerweile auch das bundesdeutsche Geheimdienstvokabular prägt, unter der Kampfformel „Faschismus“ zusammengefaßt, was umgekehrt bedeutet, daß die Linke und damit der Sozialismus in seiner unverfälschten (also in nicht - wohl irgendwie von „rechts“ - manipulierter) Form den demokratischen Fortschritt „verteidigt“: also - man entkommt der Logik dann doch nicht - eine notwendigerweise konservative, wengleich linke Funktion wahrnimmt, die ihn dann doch als „rechts“ kennzeichnen müßte.

Dem Anspruch des Sozialismus, in dem aus dem vom späten 18. Jahrhundert transponierten Sinne „links“ zu sein, ist jedoch von liberaler Seite, nicht nur unter Hinweis auf die maßgeblichen totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts widersprochen worden, die sich allerdings selbst nachhaltig als links eingeordnet haben, sondern unter Bezugnahme auf von sich als links verstehenden Positionen im Westen, wo der Sozialismus ja auch noch nach dem Ersten Weltkrieg überwiegend die traditionell gewordene Funktion einer (strukturellen) Opposition einnahm, deren machtpolitisches Argumentationsmittel systemkonform die Berufung auf Freiheit und Demokratie darstellt. Bei dieser liberalen Kritik werden dabei die in Großbritannien relativ unbedeutend gebliebenen kommunistischen Stimmen gänzlich vernachlässigt, sondern es interessieren die Aussagen aus dem Bereich der *Labour Party*, also der - weitgehend nicht-marxistischen - britischen Sozialdemokratie.

Diese Stimmen sind auch deshalb bedeutsam, weil der Sozialismus als solcher, d.h. begrifflich, im Westen, also im postrevolutionären Frankreich entstanden ist, um sich im viktorianischen Großbritannien zu institutionalisieren, wenn er auch vor allem in Deutschland bis zum Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Marxismus und verwandten Phänomenen, wie der Ideologie von *Lassalle*,⁵⁰ gewissermaßen seine theoretische und vor allem organisatorische Endform erhalten sollte: Dies machte die deutsche Sozialdemokratie im Kontext der damaligen Weltgeltung der deutschen Kultur und auch der Macht des Kaiserreichs zum Vorbild für entsprechende Parteien

⁴⁹ S. zu diesen den 8. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Die deutschen 68er: Die eigentlichen Neo-Nazis? Plädoyer für die Bewältigung der Vergangenheit der wesensverwandten „68er“** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/09/SoziBwltg-VIII-68er.pdf>

⁵⁰ S. zu *Lassalle* den Beitrag des Verfassers: Sozialismus als deutsche Weltherrschaft: Wiederkehr der verdrängten Lehren Lassalles, in: *eigentümlich frei* Februar 2008, S. 48 ff. [file:///D:/Downloads/ef079-screen%20\(4\).pdf](file:///D:/Downloads/ef079-screen%20(4).pdf)

der ganzen europäisch-westlichen Welt und wirkte auch darüber hinausgehend inspirierend. Was nun etwa den Anspruch des Sozialismus fragwürdig erscheinen läßt, das u. a. als anti-rassistisch verstandene Gleichheitsprinzip zu vertreten, kann unter Hinweis auf den nach dem Ehepaar *Webb* wohl drittichtigsten Theoretiker des britischen Sozialismus *George Wells*⁵¹ aufgezeigt werden, der in seinem grundlegenden Werk von 1902, *Anticipation*, den Antisemitismus zwar als vulgäres Vorurteil bezeichnet hat, gleichzeitig aber darauf bestand, daß „der Jude“ seine Identität durch Vermischung und Aufgabe des Schachers bei Ankunft des Sozialismus aufgeben, so daß er innerhalb von etwa einem Jahrhundert aufhören würde, ein „physisch unterscheidbares Element in menschlichen Angelegenheiten“ zu sein; eine Position übrigens, die auch als repräsentativ für die zeitgenössische deutsche Sozialdemokratie angeführt werden kann. Dieser instinktive Vorbehalt gegenüber unterscheidbarem Aussehen, das der notwendigen Effizienz der sozialistischen Zukunftsgesellschaft entgegensteht, drückte sich aber noch radikaler aus und soll (zur Vermeidung des Vorwurfs der Verfälschung) im Originaltext angeführt werden: „for the rest, those swarm of black, and brown, and dirty-white, and yellow people, who do not come into the new needs of efficiency? Well, the world is a world, not a charitable institution, and I take it they will have to go. The whole tenor and meaning of the world, as I see it, is that they will have to go. So far as they fail to develop sane, vigorous, and distinctive personalities for the great world of the future, it is their portion to die out and disappear.”⁵²

Die Frage müßte dann sein, was zu tun wäre, wenn sich etwa diese „schmutzig-weißen“ (?) Leute nicht so verhalten, wie es die Anforderungen der sozialistischen Zukunftsgesellschaft erfordern, sie aber auch nicht freiwillig verschwinden? Oder wenn die Juden doch nicht von ihrem „Schachern“ ablassen? *Wells* hat sich - was kennzeichnend für den sog. „Reformismus“ der Sozialdemokratie ist - derartigen, sich aufdrängenden Fragen nicht gestellt; die nahe liegende Lösung, die sich aus seinem Gedankenansatz eigentlich von selbst ergibt, erschließt sich aus der Erörterung des Problems, wie in der (sozialistischen) „Zukunftsgesellschaft“ mit unheilbar Kranken und ähnlich „ineffizienten Personen“ umgegangen werden soll: „To kill under the seemingly condition science will afford is a far less offensive thing. The rulers of the future will grudge making good people into jailers ... People who cannot live happily and freely in the world without spoiling the lives of others are better out of it.”⁵³ „Out of it“ bedeutet, die Untauglichen („unfit“) werden staatlich „removed from being“ durch ein Heilmittel (*opiate*): „and I do not foresee any reason to suppose that they will hesitate to kill when that sufferance is abused.” Das Recht auf Leben erscheint damit in einer (sozialdemokratischen) Zukunftsgesellschaft nicht ohne weiteres garantiert. Für Alkoholabhängige, ähnliche Süchtlinge und unheilbar Kranke steht es zumindest unter dem Vorbehalt des Fortpflanzungsverbots. Was nun die Frage der Bürgerrechte anbelangt, so soll es vorerst genügen, darauf hinzuweisen, daß die Haupttheoretiker der britischen Sozialdemokratie, das Ehepaar *Webb*, durchaus mit dem Gedanken gespielt haben, die Pressefreiheit zumindest vorübergehend beim Übergang vom Sozialismus zu verbieten: „Especially during the stage of transition from a predominantly capitalist society, it may be necessary to prohibit the publication of newspapers with the object of private profit or under individual ownership as positively dangerous to the community.”⁵⁴

Schließlich sei noch auf eine Aussage eines maßgeblichen Vertreters der sog. „Common-Wealth“-Bewegung während des Zweiten Weltkriegs im Umkreis der britischen

⁵¹ S. [https://de.wikipedia.org/wiki/H. G. Wells](https://de.wikipedia.org/wiki/H._G._Wells)

⁵² S. *George Wells*, *Anticipation of the reaction of mechanical and scientific progress upon human life and thought*, 1902, 317.

⁵³ S. ebenda, S. 299-302.

⁵⁴ S. *Sidney / Beatrice Webb*, *A Constitution for the Socialist Commonwealth*, 1920, S. 270.

(sozialdemokratischen) Labour-Party⁵⁵ hingewiesen, der als Konsequenz des propagierten Grundsatzes, daß sich der einzelne keine Sorgen um seinen Lebensunterhalt machen solle, auch die Einrichtung von „Arbeitslagern für Drückeberger unter sehr erträglichen Bedingungen“ vorsah. Diese Beispiele dürften wohl genügen, um bei einem eher klassischen Liberalen, der mit „links“ immer noch ein Eintreten für (mehr) Liberalität, d.h. für Menschenrechte und parlamentarische Demokratie erwartet, erheblich Zweifel⁵⁶ aufzuwerfen, ob der Anspruch des traditionellen Sozialismus, d.h. der Sozialdemokratie, „links“ zu sein, berechtigt ist. Hier soll nur aufgezeigt werden, daß die gedankliche Hürde, die zu bestehen scheint, den von der bundesdeutsche Geheimdienstorthodoxie amtlich als „rechtsextrem“ eingestuften Nationalsozialismus als legitime Variante des linken Sozialismus zu verstehen, eigentlich überwindbar sein müßte, wenn sich zumindest aus einer alt-liberalen Perspektive grundlegende Zweifel ergeben, ob es berechtigt ist, den Sozialismus insgesamt als „links“ einzustufen; wären diese Zweifel berechtigt, dann würde dies wohl besagen, daß man schon die traditionelle Sozialdemokratie eher als „rechts“ einstufen müßte. Unabhängig davon, wie man zu diesen Zweifeln hinsichtlich des linken Charakters des Sozialismus als solchen steht: Es sollte zumindest nicht mehr von vornherein apodiktisch ausgeschlossen werden, daß doch ein ideologischer Zusammenhang zwischen „linker“ Sozialdemokratie und „rechtsextremem“ Nationalsozialismus bestehen könnte.

Die Entstehung des Nationalsozialismus aus der Sozialdemokratie

In seinem schon angeführten Werk hat *F. A. von Hayek* darauf aufmerksam⁵⁷ gemacht, daß bezeichnender Weise die wichtigsten Vorläufer des Nationalsozialismus, wie *Fichte*, *Rodbertus* und *Lassalle*, „gleichzeitig die anerkannten Ahnen des Sozialismus“ und somit der deutschen Sozialdemokratie darstellen, wobei *v. Hayek* bemerkenswerter Weise dem Marxismus, dem er mit „seinem Internationalismus und Demokratismus“ sogar einen „gewissen liberalen Gehalt“⁵⁸ zuspricht, keine so großen Rolle zuzuschreiben scheint. Diese Hintansetzung des Marxismus entspricht immerhin auch dem Selbstverständnis der bundesdeutschen SPD zumindest seit dem Godesberger Programm, mit dem der Marxismus als offizielle Doktrin aufgegeben worden ist und die SPD ihren historischen Ausgangspunkt eher bei *Lassalle* suchen läßt – und dementsprechend mit dem von diesem begründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) das Datum der SPD-Gründung ansetzt.⁵⁹

So hat sich ein Interpret des sozialdemokratischen Wertegeschehens, der frühere Linksterroristenanwalt und spätere Bundesverfassungs(schutz)minister und Parteiverbotspolitiker *Otto Schily* auf *Lassalle* beziehend selbstkritisch dahingehend⁶⁰ geäußert, daß in der „derzeitigen SPD“ in Teilen noch immer eine zu große Staatsfixiertheit herrsche, von der man sich lösen müsse: „Der freiheitliche Gedanke stand bei der Gründung der SPD durch Lassalle

⁵⁵ Nämlich von *Sir Richard Acland*, angeführt bei *Hayek*, a. a. O., S. 263, dort Anm. 8.

⁵⁶ So bei *Watson*, *Is Socialism left*, S. 12: „All in all, it remains puzzling to see why the claim of socialism to be considered leftwing should be so widely accepted“.

⁵⁷ S. a. a. O., S. 211 f.

⁵⁸ S. ebenda: „Solange der theoretische Sozialismus marxistischer Prägung die deutsche Arbeiterbewegung dirigierte, trat das autoritäre und nationalistische Element für einige Zeit in den Hintergrund. Aber nicht für lange“, um in der Fußnote weiterzufahren: „Und nur teilweise. Im Jahr 1892 konnte der Führer der sozialdemokratischen Partei, August Bebel, Bismarck erklären: „Der Herr Reichskanzler kann versichert sein, daß die deutsche Sozialdemokratie eine Art von Vorschule des Militarismus ist.“

⁵⁹ S. dazu den 3. Teil der vorliegenden Sozialismusbewältigung: **Zur Bewältigungsbedürftigkeit der Sozialdemokratie** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-3.pdf>

⁶⁰ In einem Interview unter dem Titel „A thing of beauty ...“ mit der Monatszeitschrift *Cicero*, Oktober 2006, S. 68.

im Mittelpunkt. Diesen Gründungsimpuls muß man wieder verstärkt aufnehmen.“ Diese Einschätzung von *Lassalle* durch einen bundesdeutschen Wertepolitiker ist allerdings an Ignoranz kaum zu überbieten: Ausgerechnet der überzeugte Staatssozialist *Lassalle*, dessen Lehren oder vielmehr Einstellung es der SPD teilweise sicherlich möglich gemacht hat, sich von den utopischen Spinnereien des Marxismus etwas abzuwenden, soll den „freiheitlichen Gedanken“ ausdrücken! Wenn dies richtig wäre, dann muß man auch *Adolf Hitler* als Repräsentanten dieses Gedanken ansehen, ist er doch *Lassalle* darin gefolgt, daß Demokratie nur den Zweck habe, eine sozialistische Führerdiktatur zu institutionalisieren⁶¹ und zu legitimieren, was in einem traditionellen Rechts-Regime so nicht möglich war und deshalb durch fortschrittliche Links-Revolution beseitigt werden mußte.

Vor allem soll aber mit „Godesberg“ *Eduard Bernstein* den ideologischen Sieg davongetragen haben. Dieser hat vor dem Ersten Weltkrieg insbesondere mit seinem Hauptwerk *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* den sog. Revisionismus-Streit⁶² ausgelöst, indem er darlegte, daß die Voraussagen von *Marx* und *Engels* über den als geradezu naturwissenschaftlich notwendig verstandenen Zusammenbruch des Kapitalismus mit damit einhergehender Revolution, die zur sozialistischen Gesellschaft führen soll, so nicht zutreffen dürften. Für die konkrete politische Arbeit war diese detailliert dargelegte Erkenntnis mit der Forderung verbunden, den marxistischen „Attentismus“⁶³ zugunsten einer - vereinfacht gesagt - linksliberalen Reformpolitik im Zweifel mit dem Linksliberalismus, der im Interesse einer Parlamentarisierung des Kaiserreichs zu einem derartigen Bündnis grundsätzlich bereit gewesen wäre, zu überwinden. Die durch den „Revisionismus“⁶⁴ sichtbar gewordene Krise des Marxismus und die aufgrund der mit Beginn des 1. Weltkriegs zu treffenden weit reichenden politischen Entscheidungen⁶⁵ führten schließlich zur förmlichen Abspaltung des Kommunismus von der klassischen Sozialdemokratie. Unstreitig, wenngleich anscheinend nicht besonders bewältigungsbedürftig ist daher, daß die für das 20. Jahrhundert prägende politisch-weltanschauliche Bewegung des Kommunismus, die millionenfachen politischen Massenmord⁶⁶ nach sich ziehen sollte, aus der Sozialdemokratie hervorgegangen ist; die für totalitäre Diktaturen des 20. Jahrhunderts maßgeblich verantwortlichen Personen wie *Wladimir Iljitsch Lenin*, *Josef Stalin*, *Boleslaw Bierut*, *Georgi Dimitroff*, *Bela Kun*, *Josef Pilsudski*, *Matyas Rakosi* - aber auch *Benito Mussolini* - und *Walter Ulbricht*, *Wilhelm Pieck* und *Otto Grotewohl* sind durch die politische Schule der jeweiligen Sozialdemokratie gegangen, die sich weitgehend die organisatorisch erfolgreiche deutsche Sozialdemokratie zum Vorbild genommen hatte. Auch nach seiner

⁶¹ S. dazu *Hermann Ebeling*, Der Begriff „Demokratie“ in den sozialistischen Ideologien - Marx, Lassalle, Engels-, Dissertation der Universität Heidelberg, 1964, S. 81 ff.

⁶² Dieser ist sehr gut zusammengefasst bei: *Peter Gilg*, Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, 1965, S. 138 ff.

⁶³ Zur dieser „abwartenden Haltung“, s. das grundlegende Werk von *Dieter Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, 1973.

⁶⁴ S. dazu auch den 30. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Der Vorwurf des „Revisionismus“ durch den bundesdeutschen „Verfassungsschutz“ und in kommunistischen Regimes**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/11/Surrog30-Revisionismusverbot.pdf>

⁶⁵ S. dazu den 4. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Weltkrieg als Weltrevolution – Vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-4.pdf>

⁶⁶ S. dazu zusammenfassend die umfangreiche Auflistung bei *Stéphane Courtois / Nicolas Werth / Jean-Louis Panné / Andrzej Paczkowski / Karel Bartosek / Jean-Louis Margolin*: Le livre noir du communisme. Crimes, terreur, répression, 1997; dt. Ausgabe: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von *Joachim Gauck / Ehrhart Neubert*, 4. Auflage, 2000; die Zitate richten sich nach dieser deutschen Ausgabe.

Abspaltung teilten Kommunismus mit der Sozialdemokratie weiterhin das sog. „Endziel“⁶⁷ der klassenlosen Gesellschaft, in der es aufgrund der Aufhebung des Privateigentums durch Vergesellschaftung keinen Staat und keine politische Herrschaft mehr geben würde, so daß alle Menschen frei, aber angereichert durch die Fortschritte der Menschheitsgeschichte zum Urkommunismus zurückkehren⁶⁸ würden.

Was jedoch die (Mehrheits-)Sozialdemokratie - mehr oder weniger - abwarten ließ („Attentismus“), weil dieser Endzustand doch ohnehin mit fast naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit kommen müsse, wenn die Lehre von *Marx* und *Engels* sich als richtig herausstellen sollten, trieb die Kommunisten - voluntaristisch - zu entschlossenen Handeln an. Diese Entschlossenheit konnte sich allerdings dadurch rechtfertigen, daß sich *Marx* und *Engels* den Übergang zu dieser freien Gesellschaftsordnung nur revolutionär, d.h. gewaltsam-diktatorisch vorstellen konnten - mit ein paar ambivalenten Andeutungen, insbesondere beim alten *Engels*, daß es auch etwas weniger gewaltsam gehen könnte. Dieser Revolutionsgedanke ließ die Kommunisten zu den sie kennzeichnenden Methoden greifen, die sich durch das hehre Ziel der Menschheitserlösung rechtfertigten: Wer sich dem Sozialismus widersetzt, der doch nur das Gute will, kann nur abgrundtief böse sein und darf im Interesse der Menschheit eliminiert werden: „Zum Wohle der Menschheit muß gemordet werden!“⁶⁹ wie der Chefpropagandist von *Stalin*, *Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg*, dies im Zweiten Weltkrieg in einer radikal-sozialistischen Weise zum Ausdruck bringen sollte. Auf der ideologischen Ebene, d.h. gemessen an den vor-revisionistischen Auffassungen der Sozialdemokratie, kann man dabei sicherlich den Kommunismus als die konsequentere Sozialdemokratie ansehen, die sich deshalb von kommunistischer Seite den durchaus plausiblen Vorwurf gefallen lassen mußte, den Konsequenzen der eigenen Auffassungen etwa mit der SPD-Formel, wonach „die Sozialdemokratie ... eine revolutionäre, nicht aber eine Revolution machende Partei“ (*Kautsky*) sei, aus dem Weg zu gehen, d.h. der SPD konnte „Verrat“ vorgeworfen werden: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“, was in der Tat die Sozialdemokratie in eine erhebliche Defensive bringen konnte und etwa den erfolgreichen Staatsstreich („Revolution“) einer Hundertschaft von Berufsrevolutionären gegenüber der Masse an Anhängern der Sozialdemokratie im Rußland von 1917 erklärt.

Die Abspaltung des sich als äußerst mörderisch herausstellenden Kommunismus als sich radikalisierender marxistische Orthodoxie von der „revisionistischen“ Sozialdemokratie dürfte weitgehend bekannt sein. Weniger bekannt, bzw. bewußt verdrängt ist allerdings, daß es neben dem sog. Rechts-Revisionismus eines *Eduard Bernstein* (in Frankreich: *Jaurès*) auch einen vielfältigen Links-Revisionismus⁷⁰ gegeben hat, aus dem im weitesten Sinne der Faschismus und im spezifischeren deutschen Sinne auch der Nationalsozialismus hervorgehen sollte. Die Reaktion der radikalen Linken auf die durch den Rechtsrevisionismus bedingten Annäherung der gemäßigten Linken an den Linksliberalismus (politische „Mitte“) konnte also nicht nur die Form des Kommunismus annehmen, sondern sich eben als Faschismus äußern, die beide nicht zufällig in etwa zur selben Zeit entstanden sind. Voraussetzung zur Bildung einer selbständigen

⁶⁷ So ausdrücklich der SPD-Chefideologe *Karl Kautsky* in seiner frühen Kritik an den bolschewistischen Methoden; hier zitiert bei *Courtois*, a. a. O., S. 808 f.

⁶⁸ S. etwa *Engels*, Anti-Dühring, in: *Karl Marx / Friedrich Engels*, Werke (MEW), Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.), Berlin (Ost), 1956 ff; Anti-Dühring; Bd. 20, S. 128 f.; sowie völlig verrückt: SPD-Vorsitzender *August Bebel*, *Die Frau und der Sozialismus*, 1994, Reprint einer Ausgabe von Berlin 1929, S. 395.

⁶⁹ Zitiert bei *Joachim Hoffmann*, *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945. Planung, Ausführung und Dokumentation*, 6. Auflage, 2000, S. 152.

⁷⁰ S. dazu detailliert das Werk von *Zeev Sternhell*, *Ni Droite ni Gauche. L'idéologie fasciste en France*, Paris 1983, der leider auf die deutsche Situation überhaupt nicht eingeht.

politischen Richtung des Faschismus war sicherlich das Hinzutreten weiterer Elemente wie der Anschluß von Enttäuschten aus rechten politischen Strömungen.

Seine politisch größte Effektivität scheint der Faschismus durch Verortung „jenseits von rechts und links“ erreicht zu haben (gewissermaßen als eine alternative „Mitte“), indem er Liberalismus und „Marxismus“ (Sozialdemokratie) als zwei Seiten derselben Medaille verstand oder dies zumindest so darzustellen⁷¹ suchte, wofür dann der Begriff „dritter Weg“ geprägt werden sollte. Dies konnte dann bis zu einer - scheinbar entschiedenen - Bekämpfung des Marxismus gehen, wobei man allerdings genau hinsehen oder hinhören muß, was da - etwa von *Hitler* - als „Marxismus“ bekämpft wurde: Gemeint war dabei vor allem Parlamentarismus oder Pazifismus, die aber erst der sozialdemokratische Rechtsrevisionismus als „marxistisch“ oder zumindest dem Marxismus konform erscheinen ließ; mit anderen Worten: *Hitler* hat als „Marxismus“ in seinen Wahlkampfreden etwas bekämpft, was sich für das Selbstverständnis marxistischer Strömungen weder als spezifisch⁷² noch als essentiell darstellte - und gegenüber den in den spezifischen Marxismusvorwurf einbezogenen bürgerlichen Parteien reine Diffamierung war. Der propagandistische Nebeneffekt, daß zahlreiche Wähler aus dem nichtsozialistischen Lager den in diesem Sinne zu begreifenden Anti-Marxismus eines *Hitlers* auch als Anti-Sozialismus (miß-)verstanden, wurde dabei im Interesse der demokratischen Stimmenmaximierung billigend in Kauf⁷³ genommen. Diese Situation brachte die SPD während der Weimarer Republik deshalb in ein unauflösbares Dilemma, weil die Kommunisten wußten, daß *Marx* und *Engels* zu Parlamentarismus und Pazifismus, also zu dem, was der SPD seitens der Nationalsozialisten als „Marxismus“ vorgeworfen worden ist, ein - was den Pazifismus angeht⁷⁴ - sehr taktisches Verhältnis oder - was den Parlamentarismus angeht - eine grundsätzlich ablehnende Haltung eingenommen hatten. Hätten die SPD-Ideologen dies zugegeben, hätten sie den Kommunisten zugearbeitet, was den Zornesausbruch⁷⁵ von *Karl Kautsky* erklärt, der als Verwalter des Marxschen Erbes in der SPD sehr wohl wußte, was die wirklichen Auffassungen von *Marx* und *Engels* waren und der deshalb die große ideologische Ansteckungsgefahr für seine Anhängerschaft durch den Kommunismus fürchtete. Hätte die SPD jedoch den Marxismus bei Aufrechterhaltung des Sozialismus aufgegeben (und diesen nicht nur „revidiert“), hätte sich dies zumindest teilweise zugunsten des Nationalsozialismus auswirken können, der einen Sozialismus ohne „jüdische“ (marxistische) Dogmen predigte, dabei aber vom Sozialismus deshalb angezogen war, weil man darunter genau das verstand, auch wenn dies so die SPD nicht mehr wahrhaben⁷⁶ wollte, was durch die marxistische, aber auch - vielleicht sogar noch mehr - durch die *Lassalleschen* Tradition vermittelt war, ohne dies

⁷¹ S. etwas bei *Ernst Rudolf Huber*, Die Gestalt des deutschen Sozialismus, 1934, S. 19: „Kapitalismus und Marxismus sind daher im Prinzip das gleiche“; sowie S. 20, wonach sich durch den Internationalismus die „kapitalistische Struktur des marxistischen Denkens“ entlarven würde.

⁷² So zu Recht auch *Zitelmann*, a. a. O., S. 471.

⁷³ Daß *Hitler* bewußt ein derartiges Fehlverständnis hingenommen, wenn nicht gar bewußt gefördert hat, ergibt sich aus einer internen Stellungnahme: „Ich muß die Mächte des Versailler Vertrags in Schach halten, indem ich das Schreckgespenst des Bolschewismus hochhalte und sie alle glauben lasse, daß ein nationalsozialistisches Deutschland das letzte Bollwerk gegen die rote Flut ist“; zitiert nach *Guenter Lewy*, Die katholische Kirche und das Dritte Reich, 1965, S. 227.

⁷⁴ Zu den Kriegstheorien der maßgeblichen deutschen sozialistischen Theoretiker, s. *Wolfram Wette*, Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung, 1971.

⁷⁵ S. dazu auch die Einschätzung von *Igor R. Schafarewitsch*, Der Todestrieb der Geschichte. Erscheinungsformen des Sozialismus, 1980, S. 335.

⁷⁶ Der sozialistische Charakter ist dem NS schon immer wütend bestritten worden, etwa wonach „die Herren doch jeden Sozialisten mit wütendem Haß verfolgen“ würden, s. bei *Werner Maser*, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, 1973 S. 223; nach diesem Kriterium wären dann die Kommunisten wegen ihrer seinerzeitigen Gegnerschaft zur Sozialdemokratie ebenfalls keine Sozialisten: Häresie ist aber fast immer als schlimmer denn der Unglaube angesehen worden!

dann noch vertieft theoretisch begründen zu müssen: Permanente Diktatur mit demokratischer oder demokratieähnlicher Phraseologie und zumindest teilweise⁷⁷ demokratischem Selbstverständnis, propagandistischer Pazifismus, Totalpolitisierung der Wirtschaft zur Homogenisierung der Gesellschaft und des Denkens als Ausdruck der „sozialen Gerechtigkeit“. Damit verbunden war das Aufgreifen der Tradition der Totalpolitisierung und Indoktrinierung von Säuglingsbeinen an, mit politischen Uniformen und militärischen Parteiformationen: „In Deutschland und Italien brauchten die Nationalsozialisten und Faschisten in der Tat nicht viel hinzu zu erfinden. Die Methoden dieser neuen politischen Bewegungen, die alle Bereiche des Lebens erfaßten, waren in beiden Ländern bereits von den Sozialisten eingeführt worden.“⁷⁸ So sehr sich auch Faschismus und Nationalsozialismus als selbständige Bewegungen schon aus taktischen Gründen gegenüber der Sozialdemokratie und ihrem Marxismus insbesondere zu Wahlkampfzwecken abgrenzen mußten: An der genuinen sozialistischen Überzeugung wesentlicher Vertreter des Faschismus kann nicht gezweifelt werden. Erwähnt sei als Beispiel der frühere *Labour*-Abgeordnete *John Beckett* als maßgeblicher Repräsentant der *British Union of Fascists* (BUF), einer Abspaltung von der sozialdemokratischen (*Independent*) *Labour Party* (ILP), der sich in diesem Zusammenhang wie folgt⁷⁹ äußerte: „My speeches were practically the same as those I made in the ILP because my chance of organization had no effect upon my socialist conviction and policy. Indeed, I found in the BUF far more sincere and earnest socialist convictions than I have been seen in the Labour Party for the last years.“

Ein früherer Anhänger der *Conservative Party* oder der *Liberal Party* hätte sich um einiges schwerer getan als ein Sozialist - der sich eben auch als Faschist noch als Sozialist verstand -, die Identität seiner faschistischen Äußerungen mit denen seiner früheren konservativen (d.h. traditionell rechten) oder liberalen Aussagen hervorzuheben. Dies gilt - sicherlich etwas modifiziert - auch für die deutsche Situation, wenn man als Vergleich nicht so sehr die rechts-revisionistische Sozialdemokratie etwa ab Beginn des 20. Jahrhundert heranzieht, sondern den vor-revisionistischen Sozialismus des 19. Jahrhunderts. Der Faschismus und mit ihm der Nationalsozialismus (was immer die Unterschiede zwischen diesen sind) stellt eine letztlich inner-sozialistische Antwort auf die ideologische und politische Krise dieses marxistischen Sozialismus dar. Der den Faschismus begründende, aus der Sozialdemokratie und ihrer geistigen Krise hervorgehende Linksrevisionismus hatte zahlreiche Facetten, angefangen von *Sorel*⁸⁰ und den revolutionären Syndikalisten bis zum „planistischen“ (technokratischen) Revisionismus des Belgiers *Henri de Man*⁸¹ und des französischen Neosozialisten *Marcel Déat*.⁸² Der den klassischen Marxismus kennzeichnende historische Materialismus wurde etwa bei *de Man* durch eine psychologische Erklärung des Klassenkampfphänomens zu einem Sozialismus der ganzen nationalen Gemeinschaft erweitert, wobei die Ursache für die Klassenkämpfe weniger in ökonomischen Gegensätzen als in einem psychologischen Auseinandertriften gesehen wurde. Als hauptsächlicher Agent des sozialistischen Fortschritts wurde dadurch das Proletariat durch die Nation abgelöst. Realpolitisch ergab sich dies durch die Entscheidungssituation, die zum Kriegsausbruch führte, wobei der Erste Weltkrieg auch ein marxistisches Argument sowohl der marxistischen Orthodoxie als auch des (späteren) Linksrevisionismus, d.h. Nationalsozialismus gegen den Rechtsrevisionismus zu bieten schien.

⁷⁷ Die demokratische Selbstverortung des NS ist zwiespältig; einerseits gibt es Aussagen, wonach der „Nationalsozialismus ... die erste und bisher einzige demokratische Bewegung des deutschen Volkes“ sei; zitiert bei *Léon Poliakov / Joseph Wulf*, *Das Dritte Reich und seine Denker. Dokumente und Berichte*, 1989, S. 544, andererseits finden sich auch demokratieskeptische Aussagen, wie unter dem Stichwort „Demokratie“ bei *Hans Wagner*, *Taschenbuch des Nationalsozialismus, Faksimile der 1934 veröffentlichten Schrift*, 1988, S. 50.

⁷⁸ So zu Recht v. *Hayek*, a. a. O., S. 149 f.

⁷⁹ S. *Francis Beckett*, *The Rebel who lost his cause*, in: *History Today*, Mai 1994, S. 36 ff., S. 41.

⁸⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Georges_Sorel

⁸¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Hendrik_de_Man

⁸² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Marcel_D%C3%A9at

Der Haupteinwand der marxistischen Orthodoxie, die etwa jeweils unterschiedlich akzentuiert von *Hobson*, *Hilferding*, *Luxemburg* und *Lenin* repräsentiert wurde, gegen den Revisionismus eines *Bernstein* war das Phänomen „Imperialismus“.⁸³ Dieser habe den von *Marx* richtig vorausgesagten Zusammenbruch des Kapitalismus nur hinausgezögert, jedoch werde dieser „Imperialismus als Höchsthöhe des Kapitalismus“ (*Lenin*) bald an sein logisches Ende gelangen und würde sich dann gewissermaßen gegen sich selbst wenden. Dies würde Krieg bedeuten, der damit als Vorbedingung der von *Marx* vorausgesagten sozialistischen Revolution begriffen wurde oder dieser Krieg stellte dann sogar die Revolution selbst dar: *Drei Jahre Weltrevolution* hieß denn auch der Titel der maßgeblichen Veröffentlichung des SPD-Reichstagsabgeordneten *Paul Lensch*,⁸⁴ die im dritten Kriegsjahr des Ersten Weltkrieges erschien, eine Vorstellung, die dann von politisch rechter Seite durch *Oswald Spengler* mit seinen „preußischen Sozialismus“⁸⁵ aufgegriffen werden sollte. Diese Veröffentlichung war der dritte Teil einer Trilogie, deren erster Teil 1915 unter dem Titel *Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg* und deren zweiter Teil 1916 als *Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück* erschienen waren. Dem folgte am Ende des Krieges die Broschüre *Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie*. In diesen Schriften des deutschen Hauptvertreters des sog. „Kriegssozialismus“⁸⁶ kann man sehr gut nachvollziehen, wie aus einem internationalistischen Marxisten ein durchaus weiterhin marxistisch argumentierender nationaler Sozialist wird. Auf dem linken Flügel der SPD stehend, gehörte *Lensch* zu der Minderheit in der SPD-Reichstagsfraktion, die die Bewilligung der Kriegskredite verweigern hatte, die der Kriegführung des deutschen Kaiserreiches die demokratische Legitimation gab. *Lensch*, genannt „der Jakobiner“,⁸⁷ vollzog dann jedoch bald eine Wende, wie sie bereits in der linksrevisionistischen Parteiströmung vorgezeichnet war, die u. a. wegen ihrer nachdrücklich positiven Einstellung zur deutschen Kolonialpolitik als „radikale Imperialisten innerhalb der SPD“⁸⁸ gekennzeichnet wurden. Auf der Basis einer der Imperialismustheorie von *Lenin* verwandten Argumentation erkannte diese Strömung die zunehmend - zumindest ideologisch - von der SPD beeinflusste Situation des Deutschen Kaiserreiches als durchaus fortschrittlich an,⁸⁹ wobei Deutschland die historische Aufgabe zugeschrieben wurde, gegenüber der englischen Weltherrschaft, die das Zentrum des Kapitalismus darstellte, die Weltrevolution durchzusetzen. Aufgrund der in der allgemeinen Wehr- und Schulpflicht sowie der im allgemeinen Wahlrecht zum Reichstag verkörperten demokratischen Institutionen sei nirgendwo sonst die Emanzipation der Arbeiterklasse so weit vorangeschritten wie in Deutschland.

Die zum Ende des Klassenkampfes führende Emanzipation des Proletariats wurde dabei als Konstituierung der nationalen Volksgemeinschaft verstanden, wobei das Augusterlebnis von 1914, die Verschmelzung von Nationalismus und Sozialismus, eine entscheidende ideologische

⁸³ S. zusammenfassend bei *Hans-Christoph Schröder*, Sozialistische Imperialismusdeutung, 1973, insbes. S. 40 ff.: Kautskys und Lenins Imperialismusdeutung im Weltkrieg.

⁸⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Lensch

⁸⁵ In der Tat ist *Spengler*, der sich dabei auf eine Bemerkung *Bismarcks* stützen konnte, die bei *Ernst Rudolf Huber*, Die Gestalt des deutschen Sozialismus, 1934, als Motto der Abhandlung zitiert ist, dafür verantwortlich, daß mehr als in anderen Staaten in Deutschland der Begriff „Sozialismus“ eine positive Konnotation erfuhr und so die Bereitschaft politisch rechts stehender Personen fördern konnte, einen Nationalsozialismus zu akzeptieren.

⁸⁶ S. zu dieser Richtung *Karlheinz Weißmann*, Der Nationale Sozialismus. Ideologie und Bewegung 1890-1933, 1998, S. 141 ff.

⁸⁷ S. bei *Alfred Grotjahn*, Erlebtes und Erstrebt, Erinnerungen eines sozialistischen Arztes, 1932, S. 154.

⁸⁸ So der Politologe *Abraham Ascher*, 'Radical' Imperialists within German Social Democracy 1912-1918, in: *Political Science Quarterly*, 1976, S. 555 ff.

⁸⁹ Wofür durchaus auch die sog. Bismarcksche Reichsverfassung angeführt werden kann; s. dazu den 8. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Eine rechte und liberale Verfassungsoption: Eine demokratisch-republikanische Version der Bismarckschen Reichsverfassung**
<https://links-enttarnt.de/verfassungsdiskussion-teil-8>

Bedeutung erhielt. Durch dieses Erlebnis sei deutlich geworden, daß die Sozialdemokratisierung des politischen Lebens zu einer Nationalisierung der deutschen Arbeiterklasse geführt habe. Der Weltkrieg konnte bei dieser Perspektive in Übereinstimmung mit *Marx*, der von der Unvermeidbarkeit des revolutionären Krieges⁹⁰ ausgegangen war, zumindest den Krieg als Hebamme der Revolution ausgemacht hatte, als Weltrevolution verstanden werden; der Weltkrieg würde nämlich durch die immerwährende Vereinigung von Deutschland und Österreich, ungeachtet der noch offenen Verfassungsfrage, zum Großdeutschen Reich führen und damit sozialistisch den Traum der demokratischen Revolutionäre von 1848 verwirklichen. Insofern wurde der Erste Weltkrieg als Fortführung der Einigungskriege von 1863 (Gründung von Großpreußen) und von 1871 (Gründung des kleindeutschen Reichs) gesehen. In der Frontstellung gegenüber Rußland war endlich *Karl Marxens* Traum eines Revolutionskrieges gegen das reaktionäre Rußland⁹¹ erfüllt, dessen Niederschlagung verhindern würde, daß die deutsche Verfassungslage weiterhin unter Berücksichtigung russischer Interessen ausgestaltet werden müßte. Der Sieg über Rußland würde wiederum den Kampf gegen das „innere England“, das vor allem im preußischen Junkertum ausgemacht wurde, erleichtern, das durch sein Festhalten am preußischen Klassenwahlrecht der Bildung einer wahrhaft demokratischen, das heißt nationalen Volksgemeinschaft entgegenstand. Aufgrund der starken Stellung der deutschen Sozialdemokratie würde ein Sieg Deutschlands im Weltkrieg den Sieg der marxistischen Theorie insbesondere bei den weniger marxistisch ausgerichteten sozialistischen Parteien des westlichen Auslandes bedeuten. Von weltgeschichtlicher Bedeutung war jedoch nach *Lensch*, daß der Sieg Deutschlands gegenüber dem britischen Liberalismus den Durchbruch des „organisierten Kapitalismus“ darstellen würde, der als höhere Organisationsform dieses Gesellschaftstypus organisch zum Sozialismus als der den Klassenkampf überwindenden nationalen Volksgemeinschaft führen müsse. In das Zentrum seiner Schriften rückte also bei *Lensch* zunehmend die generell pro-britische Haltung der SPD selbstkritisch analysierende Auseinandersetzung mit England. Hierbei wandte er konsequent die marxistischen Kategorien des Klassenkampfes auf die Außenpolitik an, wobei Großbritannien als der eigentlich reaktionäre Ausbeuter erschien, dessen Riesenreich durch den „Weltkrieg als Weltrevolution“ zum Einsturz gebracht werden müsse.

Mit der Niederlage Deutschlands fand *Lensch* auf seine Art allerdings wieder zu der sozialdemokratischen Bewunderung für England zurück, die im Übrigen der Anglophilie *Hitlers* entsprach. Unter dem Druck des Weltkrieges hätte sich England nämlich innenpolitisch den deutschen Prinzipien des organisierten Kapitalismus und der demokratischen allgemeinen Wehrpflicht anschließen müssen und damit einen fortschrittlichen Charakter bekommen. Dem stand jedoch fortschrittstheoretisch ein Negativum gegenüber: Englands Sieg hatte zwar der SPD in Deutschland zur Macht verholfen, womit der Weg zum Sozialismus offen war, gleichzeitig aber zur Zerschlagung der Elemente geführt, wegen derer sich Deutschland aus marxistischer Perspektive als besonders fortschrittlich darstellte und die man zur Verwirklichung des Sozialismus benötigen würde, wie die preußisch-deutsche Armee und die den plutokratischen Tendenzen des liberalen Parlamentarismus entgegen gesetzte Beamtenregierung. Die Versailler Waffenstillstandsbedingungen (so wurde dies verstanden), die sich als „Sieg des reaktionären Kapitalismus“ darstellten, machten *Lensch* klar, daß die konzeptionelle Übertragung der marxistischen Kategorien des Klassenkampfes auf die internationale Politik durchaus fruchtbar war. Trotz der zwiespältigen Errungenschaften des Weltkrieges stand für ihn fest, daß Deutschland weiterhin eine sozial-revolutionäre Rolle von weltgeschichtlicher Bedeutung einzunehmen hätte, was durch den Sieg der Sozialdemokratie

⁹⁰ S. dazu bei *Wette*, a. a. O., S. 77 f

⁹¹ Zur Notwendigkeit eines derartigen Krieges Deutschlands gegen Rußland bei *Marx*, s. *Wette*, a. a. O., S. 75 f.: Krieg gegen Rußland als Hebel der europäischen Revolution.

und den Abtritt der Reaktion, „der monarchischen Maskerade“, noch deutlicher geworden sei. Um diesen internationalen Klassenkampf durchstehen zu können, müßte jedoch der innere Klassenkampf unter Fortsetzung des Augusterlebnisses in der nationalen Volksgemeinschaft überwunden werden.

Damit trat bei *Lensch*, wie bei anderen Linksrevisionisten der Vorkriegssozialdemokratie wie etwa dem Italiener *Mussolini*, endgültig die Nation an die Stelle der Arbeiterklasse als handelndes Subjekt des geschichtlichen Fortschrittes. Die Führung des internationalen Befreiungskampfes gegen Versailles und damit die Fortsetzung des Krieges der Weltrevolution in einem weiteren Weltkrieg erforderte danach gerade die Überwindung des (inneren) Klassenkampfes unter einem Führersozialismus. Auch wenn *Paul Lensch*, der während der Novemberrevolution als Verbindungsmann zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und der Obersten Heeresleitung fungierte, in der SPD keine Mehrheit fand und 1922 nach Rückkehr des rechten Flügels der (ultra-)linken / linksextremen USPD zur SPD einem Parteiausschluß durch Austritt zuvor kam, stellt sich die bewältigungsrelevante Frage: War es wirklich nur Polemik, die den (U)SPD-Politiker *Crispien*⁹² 1919 veranlaßt hatte, gerade in Bezug auf die (Mehrheits-)Sozialdemokratie die Bezeichnung „Nationalsozialisten“ zu verwenden? Immerhin geht dieser Begriff auf die Selbstbezeichnung der 1897 als Abspaltung von der Sozialdemokratie des böhmisch-mährischen Raumes gegründete Tschechoslowakische Nationalsozialistische Partei (*Ceskoslovenska strana narodne-socialisticka*)⁹³ zurück, wohl die erste Partei, die sich ausdrücklich „national-sozialistisch“ nannte und sich in Folge der Volkstumskonflikte in der österreichisch-ungarischen Monarchie von der Sozialdemokratie abgespalten hatte. Auf sudetendeutscher Seite führte dies spiegelgleich zur Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP),⁹⁴ die wiederum den direkten Ausgangspunkt⁹⁵ der nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten NSDAP markiert. DNSAP-Führer *Rudolf Jung*⁹⁶ überzeugte *Hitler*, anstelle des von ihm geplanten Begriffs „sozialrevolutionär“ bei „nationalsozialistisch“ zu bleiben. Die Person des SPD-Reichstagsabgeordneten *Lensch* spricht, neben anderen, wie die des Doktorvaters des späteren bundesdeutschen SPD-Vorsitzenden *Kurt Schumacher*, *Johann Plenge*,⁹⁷ zumindest dafür, daß das Entstehen des Nationalsozialismus den Sozialismus der Sozialdemokratie zur zwingenden Voraussetzung hatte.

Dabei ist hervorzuheben, daß einige wesentliche Grundauffassungen von *Lensch*, die unstreitig dem National-Sozialismus vorgearbeitet haben, auch von der marxistischen Orthodoxie geteilt wurden. Die Machtergreifung von *Lenin* in Rußland hat Marxisten vor die von *Marx* nicht beantwortete Frage gestellt, wie denn eigentlich eine sozialistische Wirtschaftsordnung aussehen sollte. Als Vorbild, an dem man sich *ad hoc* orientieren konnte, bleiben nur die einigermaßen erfolgreich geführten staatlichen Betriebe des deutschen Kaiserreichs, wie die Reichspost, übrig. Derartige Auffassungen mußte sich aus der Not der Situation heraus auch

⁹² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Arthur_Crispien

⁹³

https://de.wikipedia.org/wiki/%C4%8Ceskoslovensk%C3%A1_strana_n%C3%A1rodn%C4%9B_socialistick%C3%A1

⁹⁴

[https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Nationalsozialistische_Arbeiterpartei_\(Tschechoslowakei\)#:~:text=Die%20Deutsche%20Nationalsozialistische%20Arbeiterpartei%20\(DNSAP,in%20der%20Ersten%20Tschechoslowakischen%20Republik.](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Nationalsozialistische_Arbeiterpartei_(Tschechoslowakei)#:~:text=Die%20Deutsche%20Nationalsozialistische%20Arbeiterpartei%20(DNSAP,in%20der%20Ersten%20Tschechoslowakischen%20Republik.)

⁹⁵ S. dazu *Georg Franz-Willing*, Ursprung der Hitlerbewegung 1919-1922, 1974, insbes. S. 137 ff.; s. auch den Leserbrief von *Friedebert Volk*, Die auswärtigen nationalsozialistischen Vorläufer, in: *FAZ* vom 30.03.1999.

⁹⁶ S. https://en.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Jung

⁹⁷ Die einschlägigen Ansichten von *Plenge* sind gut zusammenfassend referiert bei *Hayek*, a. a. O., S. 214 ff.; s. auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Plenge

die durch die Revolution in Deutschland an die Regierung gelangte Sozialdemokratie zu eigen machen, was ihr gerade durch die vom Wertepolitiker *Schily* so gelobte *Lassalle*'sche Tradition erleichtert werden sollte. Genau in diesem Punkt dürfte jedoch der entscheidende Beitrag der Sozialdemokratie zur Bildung des NS begründet liegen! Die Konzeption des „Kriegssozialismus“ war nicht nur deshalb nahe liegend, weil der Krieg als Revolution verstanden, aus marxistischer Sicht die „revisionistische“ Argumentation von *Bernstein* widerlegte, wonach die von *Marx* vorausgesagte Revolution zur Verwirklichung des Sozialismus nicht notwendig wäre. Maßgeblicher war noch die Erkenntnis, daß gleichzeitig diese als (Welt-)Krieg in Erscheinung tretenden (Welt-) Revolution der vorausgesagte Übergang zum Sozialismus angebrochen schien. Die deutsche Reichsleitung (Regierung) und das preußische Militär waren gezwungen, in Kooperation mit den sozialistischen Gewerkschaften das Programm zu verwirklichen, das *Lassalle* anvisiert hatte: Der - autoritäre - Staat verwirklicht den Sozialismus! Die Einwände gegen die Vorstellung, weshalb ausgerechnet der preußische Staat den Sozialismus einführen sollte, hatte *Lassalle* mit der bezeichnenden Antwort zurückgewiesen: „Was wollen Sie? Der Staat ist Gott.“⁹⁸ Und was machte den Staat zum „Gott“? Nicht die „Freiheitlichkeit“, die der bundesdeutsche Wertepolitiker *Schily* bei *Lassalle*, „seinem ganzen Wesen nach ... ein revolutionärer Diktator“,⁹⁹ zu entdecken meint, sondern die „Diktatur, oder das, was wir heute als Imperialismus bezeichnen, war für ihn (*Lassalle*) auch keineswegs eine vorübergehende Notwendigkeit, sondern lag seiner Idee des Staates zu Grunde“,¹⁰⁰ der Totalitarismus von *Lassalle* muß dabei eindeutig als „völkisch“¹⁰¹ gekennzeichnet werden!

Damit war eigentlich auch klar, daß die Verwirklichung des Sozialismus nach dieser etatistischen Konzeption der Sozialdemokratie die Diktatur erfordert. Der 1. Weltkrieg mit seiner umfassenden Generalmobilisierung ging mit diktatorischen Vollmachten, insbesondere zur Wirtschaftsregulierung einher. Und genau diese Vollmachten machten aus sozialistischer Perspektive den Übergang zum Sozialismus möglich! Durch sozialpolitische Maßnahmen, durch „Konzentration und Bürokratisierung der Produktionsmittel und durch Unterstellung des Distributionapparates unter die militärische Behörde“ läßt die Kriegswirtschaft „tatsächlich eine Volksgemeinschaft, wie die Sozialdemokratie im Kriege die Absicht des Burgfriedens bezeichnete“ entstehen, „wenn eben auch nur als nationale Wehrgemeinschaft. Und der Staat, der eine solche unter dem Druck der imperialistischen Spannungen unserer Zeit zu organisieren gezwungen ist und daher jedem einzelnen Volks- und Wehrgenossen seinen Platz im totalen System der Landesverteidigung anweisen muß, kann dann in der Tat als ein sozialer Volkstaat erscheinen, wie auch das Ergebnis seiner militärischen Organisation das Aussehen eines völkischen Organismus gewinnen kann.“¹⁰² Die Schlußfolgerung von *Plenge*¹⁰³ aus dieser Situation lautete: „Wir sind durch den Krieg mehr wie bisher eine sozialistische Gesellschaft geworden.“ Wollte man den Übergang zum Sozialismus nicht abbrechen, dann konnten die diktatorischen Vollmachten der Regierung mit dem Ende des Krieges nicht beseitigt, sondern mußten eigentlich fortgesetzt, wenn nicht gar gesteigert und perpetuiert werden. Dies hätte aber nicht zu einem parlamentarischen Regime führen dürfen: *Plenge* erklärte deshalb den Parlamentarismus in Deutschland als „eigentlich von vornherein unmöglich.“ Er trat deshalb dafür ein, daß der Reichstag die ganze Arbeit den „Reichsausschuss“ übertragen und sich lediglich mit der Kontrolle begnügen solle. Die Minister sollten nicht nur aus dem Parlament,

⁹⁸ S. *Gustav Mayer*, Aus der Welt des Sozialismus, 1927, S. 43 unter Bezugnahme auf *Julius Frese*, Zur Frage von Staatshilfe, in: *Demokratische Correspondenz* vom 29. März 1870.

⁹⁹ So *Gilg*, a. a. O., S. 58.

¹⁰⁰ So *Julius Vahlteich*, Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, 1904, S. 67.

¹⁰¹ S. *Ebeling*, a. a. O., S. 84.

¹⁰² So *Hermann Heller*, Einleitung zur Reclam-Ausgabe des Arbeiterprogramms von *Lassalle*, 1919, S. 12; zitiert bei *Huhn*.

¹⁰³ S. *Johann Plenge*, Der Krieg und die Volkswirtschaft, 1915, S. 85.

sondern aus geeigneten Kreisen als „Verwalter der Demokratie“ ausgewählt werden. Deutlich wird, warum es *Lensch* lieber gesehen hätte, wenn man die vom Parlament unabhängige Beamtenregierung des Kaiserreichs vielleicht in etwas modifizierter Form hätte fortsetzen können (*Plenge* hatte sogar für die Monarchie eine Funktion vorgesehen). Daß es dann - letztlich aufgrund außenpolitischen Drucks - mit der Weimarer Reichsverfassung doch zu einer parlamentarisch-republikanischen Regierung kommen sollte, konnte wesentlichen Teilen der Sozialdemokratie nicht wirklich willkommen sein, zumal die Propagierung der utopistischen Konzeption des Parteivorsitzenden *Bebel* noch nicht allzu weit zurücklag, bei dem letztlich auch die parlamentarisch-demokratische Republik dem Verdikt „Bourgeois-Staat“ unterfiel.

Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie diesen Prämissen teilweise zuwider mehrheitlich doch die Weimarer Republik mit ihrer demokratisch-parlamentarischen Ausrichtung zu installieren half und mit dieser von ihren Gegnern - großenteils zu Unrecht¹⁰⁴ - weitgehend identifiziert wurde, war neben der außenpolitischen Konstellation, Ergebnis einer durch den Rechtsrevisionismus bedingten Anpassung an den Linksliberalismus, welche die SPD davor zurückschrecken¹⁰⁵ ließ, die verfassungsrechtlichen Konsequenzen zu ziehen, die zur Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geboten waren. Was allerdings dazu notwendig wäre, hatte bereits der Sozialdemokrat *Otto Neurath*¹⁰⁶ in seinem Sozialisierungsplan vorgegeben: „Was der Militarismus gelehrt hat, das muß der Sozialismus vollbringen!“ „Damit hatte die Sozialdemokratie das entscheidende Wort in der ganzen Sozialisierungsfrage ausgesprochen; ihre sämtlichen Nachkriegsprogramme konnten nur noch auf einen militärisch organisierten Sozialismus, also auf die Anpassung des ökonomischen Apparats an die imperialistischen Notwendigkeiten, auf die Kriegswirtschaft des totalen Staates für den Fall des totalen Krieges hinauslaufen! Sie war hierbei blind vor dem Umstand, daß der Militarismus nun einmal ohne das autoritäre Befehlswesen nicht existieren kann, daß sich also ein militärischer Sozialismus eher mit Diktatur einer militärisch organisierten Partei als mit einer Vielzahl liberaler und parlamentarischer Wahlvereine vereinbaren läßt.“¹⁰⁷ Es ist bemerkenswert, daß die hier gedanklich nachvollzogene Ideologisierung der Kriegswirtschaft, die nicht als alsbald wieder zu überwindende kriegsbedingte Notlösung zu betrachten wäre, sondern gleichsam als ein neues Gesellschaftsmodell verstanden worden ist, von keiner anderen traditionellen politischen Richtung außerhalb der Sozialisten mitgemacht wurde: Die „Aufgabe der Durchsetzung des „totalen Staates“ als der konsequentesten „Dachorganisation“ der modernen Kriegswirtschaft“, ist „in keinem einzigen Falle von einer der *alten, liberalen bürgerlichen Parteien* gefördert oder aufgenommen worden, sondern sowohl in Rußland, wie in Italien und in Deutschland von *sozialistischen* Parteien, Fraktionen oder Gruppen.“¹⁰⁸

Es war dann die eigentlich unvermeidbare Konsequenz der Parteidiktatur, die die rechtsrevisionistisch gewordene Sozialdemokratie davor zurückschrecken ließ, das bolschewistische Planwirtschaftsmodell umzusetzen, obwohl dieses *ad hoc* unter Bezugnahme auf die deutsche, von sozialdemokratischer Seite im dargestellten Sinne ideologisierte Kriegswirtschaft konzipiert war und daher notwendigerweise von sozialdemokratischen

¹⁰⁴ So zu Recht die Einschätzung bei *Höhne*, a. a. O., S. 22: „Sie (die Weimarer Republik, *Anm.*) blieb jedermanns Vorbehalts-Republik, ein Staat, den im Grunde keiner wollte. Nicht einmal die Sozialdemokraten, die von einer feindseligen Propaganda mit ihr total identifiziert wurden, liebten sie sonderlich, hatte sie doch eine sozialistische Republik gewollt, nicht die ‚bürgerliche‘, die sie dann bekommen hatten“.

¹⁰⁵ Als Kompromiß wurde das entwickelt, was seitdem den glänzenden Begriff „Sozialstaat“ trägt; s. dazu den 28. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Umwertung von Grundrechten und Demokratie durch VS-Methodik** <https://links-enttarnt.de/kritik-des-parteeverbotssurrogats-teil-28>

¹⁰⁶ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Neurath

¹⁰⁷ So die Zusammenfassung des Dilemmas bei *Willy Huhn*, a. a. O., S. 120.

¹⁰⁸ So *Huhn*, a. a. O., S. 143 (Hervorhebungen vom Original übernommen).

Theoretikern als eigentlich positiv bewertet¹⁰⁹ werden mußte (wenn nur diese Diktatur damit nicht verbunden wäre). Um der aufgrund dieser Prämissen eigentlich verständlichen Bewunderung für den Kommunismus und der damit verbundenen sozialistischen Diktaturbereitschaft entgegenzusteuern, sah sich die SPD 1925 veranlaßt, die Anhänger des von *Leonard Nelson*¹¹⁰ geführten *Internationalen Sozialistischen Kampfbundes* (ISK)¹¹¹ aus der Partei auszuschließen, weil diese unter Bezugnahme auf das bolschewistische Modell zur Verwirklichung des Sozialismus für das Führerprinzip eintraten. Wären sie nicht ausgeschlossen worden, was vielleicht vorausgesetzt hätte, daß die teilweise Wiederverschmelzung der SPD mit der linksextremen USPD unterblieben¹¹² wäre, hätte es sich vielleicht als denkbar herausgestellt, daß die Nelsonianer in der SPD der Weimarer Republik schließlich die Mehrheit hätten erringen können. Immerhin durften die Nelsonianer dann nach dem 2. Weltkrieg wieder zur SPD zurückkehren, wobei *Nelsons* Nachfolger *Willi Eichler*¹¹³ als der gewissermaßen letzte Chefideologe der SPD für die Ausarbeitung des Godesberger Programms verantwortlich war. Die Folge einer früheren Rückkehr der Nelsonianer wäre dann wohl gewesen, daß sich die SPD entweder zur bolschewistischen Partei entwickelt hätte oder zu einer nationalsozialistischen; die letztere Möglichkeit kann am Fall des ehemaligen Oberpräsidenten von Ostpreußen, *August Winnig*,¹¹⁴ exemplifiziert werden, einer der auf der obersten Funktionärsenebene sicherlich nicht so zahlreichen Personen der Mehrheitssozialdemokratie, die den Weg zur NSDAP¹¹⁵ finden sollten. Dessen eindeutig als national-sozialistisch identifizierbare Positionen waren jedoch schon während des 1. Weltkriegs noch innerhalb der SPD voll ausgebildet und konnte an prominenter Stelle in regelmäßigen Veröffentlichungen etwa im Jahrbuch des Deutschen Bauarbeiterverbandes¹¹⁶ publiziert werden. „Es ist das Verdienst der aufbauenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung, die durch ihr wirtschaftliches und politisches Wirken jene Elemente eines neuen Deutschtums schufen, in den die Masse heute das Stück deutscher Zukunft sieht, das ihr den Geist und die Kraft zum Durchhalten verleiht.“ Eine klare Trennung zwischen Proletariat und Volk bzw. Staat könne es nicht mehr geben, da das „Schicksal Deutschlands auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse“ darstellt. „Wir müssen durch die Oberstufe des Kapitalismus, eben den Imperialismus, ebenso zwangsmäßig hindurch, wie wir durch den Kapitalismus im Ganzen hindurch müssen ... Sie (die Arbeiterklasse, *Anm.*) kann sich also nicht grundsätzlich der imperialistischen Entwicklung in den Weg stellen, denn dieser wird ... von starken, ja zwingenden volkswirtschaftlichen Bedürfnissen getragen.“¹¹⁷ Für *Winnig* trifft weitgehend zu, was der Brite *Beckett* wohl berechtigter Weise für sich in Anspruch genommen hatte, nämlich als englischer Faschist praktisch dieselben Reden zu halten wie er sie als Angehöriger der sozialdemokratischen Labour Party gehalten hatte. Allenfalls in seiner

¹⁰⁹ Die größte Bereitschaft einer positiven Einschätzung des bolschewistischen „Experiments“ von prominenter sozialdemokratischer Seite dürfte wohl beim maßgeblichen Austromarxisten *Otto Bauer* bestanden haben; s. *Norbert Leser*, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, 1968, insbes. S. 127 ff.: Beginn einer Rechtfertigungsideologie, Bauers Dilemma-Dilemma des Marxismus, Manipulierbare historische Notwendigkeit.

¹¹⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Leonard_Nelson

¹¹¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Sozialistischer_Kampfbund

¹¹² Für *Grotjahn*, Erlebtes, S. 215 ff, wäre die Wiederaufnahme des „rechten“ Flügels der USPD beinahe ein Grund für den Parteiaustritt gewesen, da dies zur Politikunfähigkeit der Vorkriegs-SPD zurückführen müsse, was äußerst richtig erkannt ist.

¹¹³ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Willi_Eichler

¹¹⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/August_Winnig

¹¹⁵ Kommunistisch-propagandistisch groß berichtet in: *Rote Fahne* vom 14.04.1932: Von der SPD zu Hitler; *Winnig* ist allerdings nicht NSDAP-Mitglied geworden; das Angebot *Hitlers*, Führer der Deutschen Arbeitsfront zu werden, hat er abgelehnt und in der Folgezeit als von starker protestantischer Religiosität gekennzeichnet, auch Distanz zum Regime gewahrt.

¹¹⁶ S. Nachweise bei *Huhn*, a. a. O., S. 64 f.

¹¹⁷ S. *Winnig*, a. a. O., S. 29 ff.

Distanzierung von *Karl Marx*, die *Winnig* in seinem viel beachteten Buch *Vom Proletariat zum Arbeiter* nach seinem SPD-Austritt vornahm, wonach *Marx* keine innere Beziehung zum Arbeiter gehabt habe und nur aus Haß gegen jede Autorität zum Feind des Staates geworden sei,¹¹⁸ dürfte den Unterscheid zu seiner früheren SPD-Position gegenüber seiner pro-NSDAP-Position beschreiben, ein Problem, das sich für den Engländer *Beckett* schon deshalb nicht in der Weise gestellt hatte, weil die britische Labour Party kaum als marxistisch gekennzeichnet werden konnte.

Die SPD war jedoch - was ihr sicherlich positiv angerechnet werden kann - nicht bereit, die eigentlich nahe liegenden verfassungsrechtlichen Konsequenzen ihrer letztlich kriegswirtschaftlich-etatistischen Sozialismuskonzeption zu ziehen, an der sie vor allem aus ideologischen Gründen wiederum festhalten mußte, weil allein diese Konzeption der sozialdemokratischen Orthodoxie gegenüber dem formal in der Minderheit gebliebenen Revisionismus die Erklärung dafür lieferte, warum *Marx* auf fast geheimnisvolle Weise mit seiner Zusammenbruchstheorie doch recht behalten hätte. Mit dieser Erklärung machte die SPD aber auch deutlich, daß sie nicht von der Sozialismuskonzeption als solcher Abstand nehmen wollte. Damit hat sich aber der „Nationalsozialismus als die konsequentere Sozialdemokratie“¹¹⁹ angeboten. Dieser hat die naheliegenden praktischen Konsequenzen gezogen: Sozialismus als Form einer (fortgesetzten) Kriegswirtschaft erfordert die sozialistische (Partei-)Diktatur! *Hitler* selbst hat sich eindeutig in diesem ideologischen Kontext eingeordnet gesehen: Er warf nämlich den sozialdemokratischen Revolutionären von 1918 vor, nicht die sozialistische Republik¹²⁰ gegründet zu haben! Nach *Hitler* wäre es folgerichtig gewesen, die „Errungenschaften der Revolution auf sozialem Gebiet gegenüber dem internationalen Finanzkapital zu verteidigen“; stattdessen habe man die Waffen aus der Hand gelegt, womit die Gründung einer derartigen sozialistischen Republik wegen des kapitalistischen Drucks nicht mehr möglich war. Dieses Versagen der Sozialdemokratie führte *Hitler*¹²¹ auf ihre Verbürgerlichung als Mitglieds- und Parlamentspartei zurück, was die Partei letztlich geschwächt habe; denn die letzten Ziele der marxistischen Weltanschauung seien derart radikal, daß sie nur von einer absolut fanatischen Stoßtruppe durchzufechten seien, womit im übrigen deutlich wird, daß *Hitler* - entgegen seiner irreführenden Wahlkampfdemagogie - sehr wohl bewußt war, was Marxismus eigentlich meinte. Noch eindeutiger als bei *Hitler* läßt sich die sozialistische (Selbst-)Verortung bei *Goebbels* vornehmen, für den die „deutsche Revolution“ der Ansicht von *Lensch* entsprechend, ohne ihn zu zitieren, mit dem Weltkrieg 1914 begonnen¹²² hätte, die es nun zu vollenden gelte, da 1918 eine „wirkliche Revolution“ nicht stattgefunden habe: „Platt gesagt: an die Stelle der Schlotbarone traten die Geldbarone,“ weshalb das deutsche Arbeitertum durch den Ausgang des Krieges und „die verratene Revolution“ eine zweifache, außen- wie innenpolitische Niederlage gegen den Kapitalismus erlitten habe. Der Nationalsozialismus habe die sinkende Fahne des Sozialismus aufgegriffen, um das 1918 Versäumte nachzuholen, nämlich der Bourgeoisie das zuzufügen, was *Marx* richtig vorausgesehen hätte. Zumindest *Goebbels*, und mit ihm letztlich auch *Hitler*, wenn man genau liest, hat den Nationalsozialismus als die konsequentere Sozialdemokratie angesehen.

Unter den politischen Bedingungen Deutschlands des Versailler Vertrages hatte eine in diesem Sinne „konsequentere Haltung“ eine große Realisierungschance. Bei einer Entwicklung, die nicht von Krieg, Revolution, Kriegsentschädigungsfragen und Einmarsch ausländischer

¹¹⁸ So der Auszug aus dieser Schrift im NS-Blatt *Der Angriff* vom 8.01.1931: Marx und der Marxismus.

¹¹⁹ S. *Huhn*, a. a. O., S. 151.

¹²⁰ S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 60 m. w. N.

¹²¹ S. ebenda, S. 403.

¹²² S. *Ulrich Höver*, Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist, 1992, S. 252 ff.

Truppen gekennzeichnet gewesen wäre, was parteipolitisch in der Wahlpropaganda plausibel mit der katastrophalen sozialen Verelendung¹²³ verknüpft werden konnte, hätte sich möglicherweise ein selbständiger National-Sozialismus gar nicht ergeben, sondern entsprechende Elemente wären aufgrund des deutlichen ideologischen Kontinuums von sozialistischem und faschistischem Denken weitgehend ununterscheidbar in der Sozialdemokratie integriert geblieben. Für diese Vermutung kann gerade die als „sozialdemokratische Junge Rechte“ falschbezeichnete politische Strömung angeführt werden, bei der ein „zentraler Widerspruch zwischen einer relativen ideologischen Affinität zum Nationalsozialismus einerseits und dessen militanter politischen Bekämpfung andererseits“¹²⁴ ausgemacht wird, was letztlich auch auf den „Sozialistischen Internationalen Kampfbund“ zutrifft. Dieser Widerspruch ergibt sich jedoch nur auf der politischen, nicht jedoch auf der ideologischen Ebene, was bedeutet, daß sich dieser Widerspruch in einem anderen politischen Kontext als dann politisch nicht entscheidungsrelevant, nicht hätte ergeben müssen.

Als Beleg für diese Einschätzung kann etwa das zeitgenössische Schweden angeführt werden, bei dem gesagt werden kann, daß „der sozialen Ideologie der deutschen Nationalsozialisten und der schwedischen Sozialdemokratie vieles gemeinsam war. Bis in die Mitte der 30er Jahre übte der Nationalsozialismus beträchtliche Anziehungskraft auf jene aus, die für einen Wohlfahrtsstaat mit Autorität eingestellt waren, und die Schweden, schon traditionell der deutschen geistigen Herrschaft unterworfen, waren offen gegenüber solchen Einflüssen. Nationalsozialistisches Gedankengut durchdrang, oft unerkannt, das schwedische Leben.“¹²⁵ Dies sollte nicht verwundern, hatten doch die Hauptideologen der schwedischen Sozialdemokratie, das Ehepaar *Myrdal*, mit dem deutschen NS als einer Bewegung der Jugend und der Zukunft sympathisiert, was sich dann beim Sohn in der Bewunderung für *Mao* fortsetzen sollte. Dementsprechend hat der „extreme Etatismus-Konstruktivismus kombiniert mit dem rabiaten Egalitarismus der schwedischen Sozialdemokratie ... unverkennbare Affinität mit der Ideologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. So hat das Ehepaar *Myrdal* als Gegenstück zu der von ihnen bewunderten NS-Idee der „Volksgemeinschaft“ die Idee des „*folkshem*“ (Volksheim) eingeführt, die einen starken antiindividualistischen Akzent trägt.“¹²⁶ Allerdings sollte sich der von *Myrdal* inspirierte schlagartige Übergang zu einer Zentralplanungswirtschaft als undurchführbar erweisen, was wohl belegt, daß die Einführung eines wirklichen Sozialismus bei Aufrechterhaltung eines parlamentarischen Systems kaum möglich erscheint. Eine mit Deutschland vergleichbare Krisensituation, die der durch Parlamentsbeschluß herbeizuführenden Überwindung des Parlamentarismus eine Chance hätte geben können, trat im neutralen Schweden nicht ein und damit stand auch keine

¹²³ *Höhne*, a. a. O., S. 9 f. weist zu Recht darauf hin, daß selbst in der seriösen bundesdeutschen Bewältigungsliteratur diese Problematik nahezu völlig unter den Tisch gekehrt wird: So hakt der Wortführer der etablierten Totalitarismusschule *Karl Dietrich Bracher* („Die deutsche Diktatur“) das traumatische Erlebnis der sozialen Verelendung „auf einer viertel Buchseite“ ab: Deutsche Intellektuellen neigen eben dazu, alles auf ideologische Fragen zu reduzieren, weil man dann mit sog. „geisteswissenschaftlichen“ Analysen als „geistige Auseinandersetzung“ doch primär auf die Diffamierung konkurrierender politisch-weltanschaulicher Strömungen aus sein kann; der Verfasser des vorliegenden Werkes bedauert, sich aufgrund des anti-intellektuellen Klimas der BRD genötigt zu sehen, sich ebenfalls auf die Ebene eines derartigen ideologischen Reduktionismus begeben zu müssen.

¹²⁴ So *Vogt*, a. a. O., S. 22.

¹²⁵ *S. Roland Huntford*, Wohlfahrtsdiktatur. Das schwedische Modell, 4. Auflage 1974, S. 51; *Alberto Spektorowski*, The Eugenic Temptation in Socialism: Sweden, Germany, and the Soviet Union, in: *Comparative Studies in Society and History*, 2004, erkennt bei seiner Darstellung der eugenischen Politik diese Zusammenhänge vollständig, wenn er meint das sozialdemokratische Schweden mit einem „der am stärksten reaktionären Systeme“, nämlich das NS-System, kontrastieren zu müssen und dabei die wirkliche Erklärung für den doch sehr verwandten Politikansatz verfehlt.

¹²⁶ So *Gerard Radnitzky*, Hayek und Myrdal. Der zwischen zwei Antipoden geteilte Nobelpreis, in: *Criticòn* Nr. 136, S. 81 ff., S. 82.

ernstzunehmende Partei bereit, die die sozialdemokratischen Ideen mit breiter Unterstützung in einer Weise hätte durchsetzen wollen, vor der die Sozialdemokratie am Ende selbst zurückgeschreckt ist und dies daher eine „konsequenterer“ Strömung vorzunehmen hatte. Als Maximum an Sozialismus konnte dann in Schweden nur ein hoher Staatsanteil an der Wirtschaft mit einer erheblichen Steuerprogression verwirklicht werden. Dieser hohe Staatsanteil garantierte die für die Erzeugung eines starken pro-sozialdemokratischen Konformismus erforderlichen staatlichen Mittel. Die amtliche Politisierung der Sexualität (Sexualrevolution) stellt dann ein besonderes Instrument dar, den Konformitätsdruck akzeptabel¹²⁷ zu machen: Man verdankt die außereheliche Orgasmusoption dann gewissermaßen der sozialdemokratischen Regierung. Auch diese „Politisierung der Lust“¹²⁸ geht mit national-sozialistischen Vorstellungen konform, die von der skandinavischen Sozialdemokratie herrühren könnten. Letztlich geht dies auf den SPD-Heroen *August Bebel* und dessen populären Hauptwerk *Die Frau und der Sozialismus* zurück, der wiederum von der entsprechenden Aussage des *Kommunistischen Manifests* inspiriert war. Dieses hatte der „kapitalistischen Gesellschaft“ schon faktische „Weibergemeinschaft“ attestiert, die man dann - so die wohl bewußte Suggestion - als Ausdruck allgemeiner menschlicher Vergemeinschaftung im Kommunismus offen praktizieren könne, wie auch die entsprechenden Erklärungen von *Friedrich Engels* über den Ursprung von Familie, Privateigentum und Staat nahelegen.¹²⁹

Verstaatlichung / Sozialisierung: Die NS-Lösung im Kontext der Sozialismen

Nun könnte man einwenden, daß in der Entwicklung, die unter den besonderen politischen Bedingungen Deutschlands, denen andere Länder mit starker Sozialdemokratie, wie das als Vergleichsfall angeführte Schweden, nicht unterworfen waren, mit einer gewissen Logik von der Sozialdemokratie zum Nationalsozialismus führen konnte, die grundlegende Konzeption des klassischen Marxismus verkannt worden sei: Dieser habe nicht von der „Verstaatlichung“, sondern von der „Vergesellschaftung“ als Endziel gesprochen. Das Insistieren auf diese Unterscheidung ermöglicht es dem unorthodoxen marxistischen Denker *Willy Huhn*, den NS im Sinne des etatistischen Erbes der Sozialdemokratie, das hauptsächlich in der von *Lassalle* begründete Traditionslinie gesehen wird, im Unterscheid zu entsprechenden Verwahrungen der bundesdeutschen „Bewältigung“ selbstverständlich als sozialistisch zu kennzeichnen. *Huhn* hält sogar die gegen die SPD gerichtete These des „Sozialfaschismus“ der KPD, also die Auffassung, daß die Sozialdemokratie nichts anderes darstelle als einen „sozialen Faschismus“, für insofern berechtigt, als sie auch auf den russischen Bolschewismus selbst hätte angewandt werden müssen: Aufgrund der Wandlung des Sozialismus durch die Konzeption des Kriegsozialismus hätte der Bolschewismus notwendigerweise eine ähnliche Funktion einnehmen müssen wie - jeweils durch die besonderen Bedingungen ihrer Länder modifiziert - der Faschismus in Italien und der Nationalsozialismus in Deutschland, wobei gemeinsamer Ausgangspunkt die Sozialdemokratie gewesen ist.

In der Tat kann argumentiert werden, daß bei *Marx* und *Engels* die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ zumindest im Ergebnis schon deshalb nicht Verstaatlichung bedeuten

¹²⁷ S. bei *Huntford*, a.a.O., S. 261 ff.: Sex und Manipulation.

¹²⁸ S. das gleichnamige Buch von *Dagmar Herzog*, *Die Politisierung der Lust*, 2005, mit dem Untertitel: Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

¹²⁹ Wenn die Einführung der Monogamie im Zusammenhang mit der Entstehung des Privateigentums gebracht ist, s. *Friedrich Engels*, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*. Im Anschluß an *Lewis H. Morgans* Forschungen. Im Anhang: Ein neuentdeckter Fall von Gruppenehe (1892), hrsg. von *Ladislaus Rudas*, 1934, S. 158, das doch im Kommunismus verschwinden soll, dann muß in diesem nach der dialektischen Geschichtskonstruktion auch so etwas wie die „Gruppenehe“ zurückkehren.

könne, weil der Staat ja „absterben“ soll, um den befreienden Endzustand des Sozialismus herbeizuführen. Wenn es keinen Staat mehr gibt, kann es auch keine „Verstaatlichung“ geben. „Abgesehen davon, daß auch schon der Charakter des gesellschaftlichen Eigentums und der sozialistischen Produktion (im Erfurter Programm der SPD und bei den Erläuterungen von *Kautsky, Anm.*) nicht näher umschrieben wird, gibt das Programm erst recht keine Auskunft über die Organisationsform einer sozialistischen Gesellschaft (der Begriff „Staat“ wird grundsätzlich vermieden); es begnügt sich mit der Formel „Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst“ und „gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Einzig das Gleichheitsprinzip steht demnach fest. Das Programm legt offensichtlich auf die politische Struktur der neuen Gesellschaft weiter weniger Wert als auf die wirtschaftliche und soziale.“¹³⁰

Man kann aus diesem Ideologiekomplex der klassischen Sozialdemokratie nur schließen: Entweder ist Sozialismus etwas, was nie verwirklicht werden kann und damit unrealistisch-utopische Forderung bleibt¹³¹ und dabei beständig Sozialismushäresien hervorrufen muß, weil den politischen Praktikern, der sich notwendiger Weise ergebende Mangel an Sozialismusverwirklichung als „Verrat“ vorgeworfen werden kann: Eine Utopie (Nichtort) läßt sich definitionsgemäß nicht verwirklichen! Im innersozialistischen Kontext hat sich dabei als Hauptvorwurf die Vorhaltung des „Staatskapitalismus“ etabliert, der sich als jeweils unwiderlegbar darstellt, da sich Sozialismus nun einmal nicht anders verwirklichen läßt. Allenfalls ist dann noch denkbar, daß sich Sozialismus staatskapitalistisch auf die soziale Gleichheit reduziert, wobei es letztlich nicht so entscheidend ist, wie diese Gleichheit als „soziale Gerechtigkeit“ politisch und verfassungsrechtlich verwirklicht wird: Es kommt dann auf die Umstände an, die dies am zweckmäßigsten zu verwirklichen erlauben. Dementsprechend hat schon *Lensch* bemerkt, „wie wenig es mit der Staatsverfassung eines Landes, sei sie liberal und republikanisch, oder monarchistisch und autokratisch, zu tun hat, ob ein Land im entwicklungsgeschichtlichen Sinne als revolutionär zu bezeichnen ist oder nicht.“¹³² Allerdings mußten die politischen Umstände des Kriegssozialismus, insbesondere die damit einhergehende Konzeption, wonach der Weltkrieg die zur Erzeugung des Sozialismus von den „Klassikern“ als notwendig angesehene Revolution darstellt oder sie zumindest vorbereite und die Kriegswirtschaft der wesentliche Schritt zur Sozialisierung wenn nicht dies gar selbst seien, mehr oder weniger zwingend auf die banale Verstaatlichung hinauslaufen.

Wahrscheinlich hat dann *Plenge* als einer der Hauptvertreter des „Kriegssozialismus“ den entscheidenden Gesichtspunkt angeführt: „Sozialismus ist als gesellschaftliche Organisation nur die vollbewußte Gestaltung der Gesellschaft zur höchsten Kraft und Gesundheit; Sozialismus ist als Gesinnung nur die Befreiung des Einzelnen zur bewußten Einordnung in das begriffene Lebensganze von Staat und Gesellschaft. Mehr ist Sozialismus nicht: weder schlechthin Verstaatlichung noch schlechthin Verbeamtung.“¹³³ Geht man allerdings davon aus, daß mit „Vergesellschaftung“ nicht schlechthin Verstaatlichung gemeint sei, sondern ein allgemeiner Zustand einer als weitgehende Gleichheit verstandenen sozialen Gerechtigkeit, dann kann man den sozialistischen Charakter des *Hitlerschen* Herrschaftssystems nicht deshalb bestreiten, weil keine groß angelegten formalen Verstaatlichungen im bolschewistischen Sinne vorgenommen wurden. Der von orthodox-marxistischer Seite angewandten Deduktion: „Hitler hat keine Produktionsmittel sozialisiert, also war er kein Sozialist“ hat *Haffner*¹³⁴ zu Recht

¹³⁰ So die zusammenfassende Analyse bei *Gilg*, a. a. O., S. 68.

¹³¹ Dies stellt den berechtigten grundsätzlichen Vorwurf am Denken der Linken bei *Thomas Molnar*, *Die Linke* beim Wort genommen, 1972, dar.

¹³² S. *Lensch*, *Drei Jahre Weltrevolution*, 1917, S. 29 f.

¹³³ Zitiert bei *Huhn*, a. a. O., S. 59.

¹³⁴ S. *Haffner*, *Anmerkungen*, S. 40 f.

entgegengehalten: „So einfach ist die Sache nicht. Interessanterweise haben ja auch die heutigen sozialistischen Staaten es allesamt nicht bei der Sozialisierung der Produktionsmittel belassen, sondern große Mühe darauf verwendet, außerdem auch „die Menschen zu sozialisieren“, also sie, möglichst von der Wiege bis zur Bahre, kollektiv zu organisieren und zu einer kollektiven „sozialistischen“ Lebensführung zu nötigen, sie „fest in eine Disziplin einzuordnen“. Es fragt sich durchaus, ob das nicht, trotz Marx, die wichtigere Seite des Sozialismus ist.“

An dieser Bewertung *Haffners* wäre nur die Einschränkung „trotz Marx“ zu kritisieren, wenn man davon ausgeht, daß *Marx*, zumindest als „Endziel“ gar keine Verstaatlichung wollte; dann hätte sich *Hitler* sogar *Marx*-konformer verhalten als die Bolschewiken, insbesondere wenn man noch berücksichtigt, daß die Sozialisierung, was immer darunter letztlich zu verstehen wäre, lediglich Mittel darstellt, die „menschliche Entfremdung“ zu überwinden, womit in der Tat die „Sozialisierung der Menschen“ wichtiger ist als die Sozialisierung der Produktionsmittel: Es galt, die mit Liberalismus und Kapitalismus verbundene Vereinzelung des Menschen durch ein Gemeinschaftsgefühl zu überwinden. Dementsprechend hat der deutsche Nationalsozialismus dem Marxismus vorgeworfen, „kein wahrer Sozialismus“ zu sein, „weil er nicht den individualistisch-liberalen Kapitalismus und den mit ihm verbundenen Klassengegensatz durch eine neue Gemeinschaftsordnung zu überwinden strebt, weil er vielmehr die individualistische Interessenwirtschaft im Klassenkampf zu Ende führen will.“¹³⁵ Dies stellt einen typischen Häresie-Vorwurf dar, d.h. die Kritik des Nationalsozialismus an der klassischen sozialistischen Doktrin verbleibt inner-sozialistisch, während die wirkliche Abgrenzung gegenüber dem gemeinsamen Gegner aller Sozialismen, nämlich Liberalismus und Kapitalismus, erfolgt. Innersozialistisch nahm der Nationalsozialismus dabei für sich in Anspruch deshalb der „wahre Sozialismus“ zu sein, weil „jeder wirkliche Sozialismus ... ein volksbestimmter Sozialismus“¹³⁶ sein müsse. In der Tat konnte das größte Gemeinschaftsgefühl offensichtlich durch das Konzept der „Volksgemeinschaft“ erzeugt werden und genau darin besteht *Hitlers* Sozialismus und dies kennzeichnet seine ihn zumindest bis zum Kriegsausbruch, wenn nicht gar darüberhinausgehend, äußerst populär machende Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diese war auf die Integration der Arbeiterklasse gerichtet und damit sollte den Erwartungen entsprochen werden, die sich aus der bewußten Integration ehemaliger SPD- und KPD-Wähler ergaben, während etwa der Mittelstand in *Hitlers* Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle spielte. Diese Integrationspolitik ist weitgehend gelungen, wie in der einschlägigen Veröffentlichung von *Aly* detailliert nachgezeichnet wird. Die NS-Diktatur verabschiedete zahlreiche Reformgesetze, die von der SPD-geführten Bürokratie der Weimarer Republik ausgearbeitet, aber dann wegen der politischen Handlungsunfähigkeit nicht umgesetzt waren und dabei als nachträgliche Rechtfertigung der Auffassung erscheinen konnte, daß Sozialismus zu seiner Verwirklichung der Diktatur bedürfe, wie doch schon die Formel von der „Diktatur des Proletariats“ nahe legte: „Die Grundlagen der EU-Agrarordnungen, das Ehegattensplitting, die Straßenverkehrsordnung, die obligatorische Haftpflichtversicherung für Autos, das Kindergeld, die Steuerklassen oder auch die Grundlagen des Naturschutzes stammen aus jenen Jahren.“¹³⁷ Hinzu kommt die Gewährleistung des Arbeitsurlaubs, der Vollstreckungsschutz bei Gläubigerbenachteiligung, was schließlich zu Kriegsbeginn zu einem absoluten Pfändungsverbot bei Familien von Einberufenen führte. Dazu kommt der entschlossene Egalitarismus des NS-Regimes neben der entschiedenen Verbesserung der sozialen

¹³⁵ S. *Huber*, *Deutscher Sozialismus*, S. 18.

¹³⁶ S. ebenda.

¹³⁷ S. *Götz Aly*, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, 2005, S. 20; ansonsten zur sozialstaatlichen Ausrichtung des Nationalsozialismus: S. 335 („Verwirklichung wahrhaft sozialistischer Vermögensordnung), S. 358 (Gleichheitsversprechen des Kriegssozialismus) und S. 360 („Großdeutschland als erster Sozialstaat der Erde“).

Aufstiegschancen in der Steuermilde für die Massen¹³⁸ zum Ausdruck, die mit Steuerhärte gegen die Bourgeoisie¹³⁹ einherging. Ergänzend müßte noch erwähnt werden, daß der NS-Gesetzgebung - in bewußter Abgrenzung zum faschistischen Italien - auf die Statuierung eines Streikverbots verzichtet hat, was im Konfliktfall dem NS-Regime die Durchsetzung von Arbeiterinteressen¹⁴⁰ bei der Betriebsleitung erleichterte. Neben zahlreichen weiteren Programmen, die nach dem „Endsieg“ hätten verwirklicht werden sollen, um „aus Deutschland den ersten wahren Sozialstaat“ zu machen, sind die Konturen des Rentenkonzepts zu nennen, wie es dann 1957 in der Bundesrepublik in etwa verwirklicht werden sollte.

Es ist dann wirklich abwegig, den sozialistischen Charakter der Wirtschaft- und Sozialpolitik *Hitlers* bestreiten zu wollen, obwohl er von vornherein eine Politik durchgeführt hat, die später von „Reformkommunisten“ erwartet wurde oder die westeuropäische Linke von diesen zur Rettung der sozialistischen Idee erhoffen sollte, nämlich einen „Marktsozialismus“ einzuführen, möglicherweise sogar bei Zulassung von Privatkapital, dessen Verwendung durch Investitionslenkung allerdings staatlichen Plänen unterworfen werden sollte. Selbst wenn dann Privateigentum zugelassen worden wäre, wäre es durch die staatliche Planung so eingeschränkt gewesen, daß es erforderlichen Falles bis auf eine bloße rechtliche Formalie hätte reduziert werden können. Letztlich hat der deutsche NS sich darauf beschränkt, was derzeit vom chinesischen Kommunismus erwartet und erkennbar durchgeführt wird, nämlich so etwas wie ein (staats-)kapitalistisches Wirtschaftssystem einzuführen, also den Weg von „der linken zur rechten Diktatur“¹⁴¹ zu beschreiten.

Der deutsche NS hat allerdings den Kern eines kapitalistischen Systems nicht so weitgehend abgeschafft oder aus politischen Gründen (Legalitätstaktik) während der relativ kurzen Zeit seiner Herrschaft abschaffen können, daß sich die Frage der partiellen oder generellen Rückkehr zum Kapitalismus stellte. Vielmehr bietet sich hinsichtlich der Behandlung des Eigentums im NS-Regime¹⁴² wieder der Vergleich mit dem sozialdemokratischen Schweden an, das ja ohnehin nationalsozialistischem Gedankengut, sicherlich mehr unbewußt, dabei allerdings der inneren Logik des traditionellen Sozialdemokratismus entsprechend, folgte. In Schweden wurde das Eigentumsrecht wie folgt¹⁴³ definiert: „Die staatlichen Organe stellen fest, was das Interesse der Gesellschaft ist, daraus ergeben sich rechtliche Regeln, wie weit Eigentumsrechte reichen und wie weit sie eingeschränkt sind. Die Gesetze adaptieren die Begriffe dann dementsprechend. Folglich ist Eigentumsrecht ein relativer Begriff und ein Funktionsbegriff. Er fußt auf den geltenden Rechtsregeln und wird als bloße Formel verwendet.“ Dies entspricht ziemlich genau der Funktion, die dem Privateigentum im NS-Verfassungsrecht eingeräumt wurde. Danach hat der „deutsche Sozialismus“ den „bindungs- und verantwortungslosen Charakter des Eigentums“¹⁴⁴ überwunden, da dem Sozialismus alles Eigentum Gemeingut darstellt. Der Eigentümer ist danach nur Verwalter seiner Güter und dabei gegenüber Volk und Reich verantwortlich. „Seine Rechtsstellung ist nur dann wirklich gerechtfertigt, wenn er dieser Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft genügt. Die Gemeinschaftsbindung tritt hier nicht als etwas Zusätzliches und Nachträgliches hinzu; sie ist keine von außen an das Eigentum herangetragene Beschränkung. Sondern sie wohnt der

¹³⁸ S. *Aly*, a. a. O., S. 66 ff.

¹³⁹ S. ebenda, S. 77 ff.

¹⁴⁰ S. dazu *Höhne*, a. a. O., 349 ff.

¹⁴¹ So die Einstufung der *Süddeutschen Zeitung* vom 03.12.2004, was im Übrigen voraussetzt, daß die „Rechtsdiktatur“, worunter im Allgemeinen so etwas wie ein NS assoziiert wird, erträglicher ist als die „klassische“ bolschewistische Linksdiktatur!

¹⁴² S. dazu auch *Ernst Rudolf Huber*, Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches, 2. Auflage, 1939, S. 371 ff.: § 36: Das Eigentum.

¹⁴³ S. *Undén*, Svensk Sakrätt (Schwedisches Sachenrecht), 1946, S. 84, zitiert bei *Radnitzky*, a. a. O., S. 82.

¹⁴⁴ S. *Huber*, Verfassungsrecht a.a.O, S. 373.

Substanz des Eigentums von vornherein inne; das Eigentum ist seinem Wesen und Inhalt nach eine gemeinschaftsgebundene Befugnis.“¹⁴⁵ Mit anderen Worten: Im NS-Regime hat es theoretisch kein Privateigentum gegeben und konnte es auch nicht geben, weil die Grundrechte als solche, deren Kern zumindest nach radikal-liberaler Auffassung das Eigentumsrecht bildet, sozialismuskonform abgeschafft¹⁴⁶ waren. Was als „Eigentum“ verblieb, könnte vielleicht als eine Art von der Volksgemeinschaft verliehenes „Lehen“ beschrieben werden, das dem „Eigentümer“ zustand, solange er sich „volkstreu“ als „zweckmäßiges Organ des Gemeinwesens“ (*Nietzsche*) verhielt und man muß wohl sagen, daß diese Art der Sozialisierung die einzig mögliche darstellt, wenn die förmliche Verstaatlichung vermieden werden soll. Die förmliche Verstaatlichung ist allerdings als politische Option (Drohung) notwendig, um die politische Wirksamkeit dieser Art der lehensrechtsähnlichen Sozialisierung sicherzustellen. Die damit verbundene Funktionalisierung des Eigentumsbegriffs erschien, wie der schwedischen Sozialdemokratie, so auch dem deutschen Nationalsozialismus völlig ausreichend, um ohne Totalverstaatlichung, die man sich allerdings als Option vorbehielt¹⁴⁷ und systemimmanent auch vorbehalten mußte, die sozialistische Volksgemeinschaft zu verwirklichen. Diese sozialistische Volksgemeinschaft stellte wiederum die Kehrseite eines spezifischen sozialistischen Nationalismus dar.

Hinweis:

Bei dem vorliegend veröffentlichten Text handelt es sich um das 1. Kapitel des Werkes des Verfassers:

Josef Schußlburner, Roter, Brauner und Grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus, 2008 Lichtschlag Medien und Werbung KG

Gegenüber der Buchausgabe ist der Text dahingehend modifiziert, daß er als selbständiges Dokument gelesen werden kann; es wird teilweise nach der Buchveröffentlichung erschienene neue Literatur berücksichtigt und außerdem findet insbesondere durch „Verlinkungen“ eine Einpassung in die vorliegende Serie zur Sozialismus-Bewältigung statt; auch Verlinkungen insbesondere zu Wikipedia für Leser, die sich mit der Materie intensiver beschäftigen wollen, werden - dem Internetzeitalter geschuldet - vorgenommen. Und dies trotz der Problematik, daß gerade die Bereiche, um die es vorliegend geht, insbesondere in der deutschen Ausgabe von Wikipedia häufig eine sehr einseitig linke Sichtweise verbreiten (neutraler ist da in der Regel die englischsprachige Fassung, sofern eine solche zu bestimmten Themenkomplexen überhaupt vorliegt).

Die Redaktion von www.links-enttarnt.de dankt dem Lichtschlag-Buchverlag <https://lichtschlag-buchverlag.de/> für seine Zustimmung zur online-Stellung auf dieser Website.

Das Buch ist im März 2015 in unveränderter 3. Auflage wieder erschienen und nunmehr auch in einer Kindle-Edition für 6,99 € erhältlich.

¹⁴⁵ S. *Huber*, ebenda.

¹⁴⁶ S. *Huber*, ebenda, S. 359 ff.: § 34: Von den Grundrechten zur volksgenössischen Rechtsstellung.

¹⁴⁷ S. zu den theoretischen Grundlagen der *Hitlerschen* Wirtschaftspolitik umfassend, *Zitelmann*, a. a. O., insbes. Kapitel IV. Revolutionierung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie und Umgestaltung der Wirtschaftsordnung als zentrale Zielsetzungen Hitlers.

[Bei Amazon bestellen](#)



Verlagsangaben:

Hat der Nationalsozialismus sozialdemokratische Wurzeln? Alle Kernelemente, die dem NS zum Vorwurf gemacht werden müssen, finden sich im klassischen Sozialismus ideologisch vorgezeichnet. Trotz erbitterter Auseinandersetzung zwischen den Sozialismen stellen sich die Übergänge als fließend dar. Der Autor fordert eine umfassende Sozialismus-Bewältigung, die nicht auf den Nationalsozialismus beschränkt werden kann. Nur dann erscheint es möglich, die Wiederkehr „faschistischer“ Tendenzen zu verhindern, die in der BRD vor allem als „Antifaschismus“ auftreten und sich in der Verehrung für die Nationalsozialisten Mao Tse-tung und Pol Pot bei der 68er-Generation manifestiert haben. Diese will nunmehr im Sinne der Wiederkehr des nachhaltig Verdrängten das Vermächtnis von Adolf Hitler umsetzen, den „Schlag gegen rechts“ zu führen.